

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 117.

Sonnabend, den 20. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Verstaatlichung und Vergesellschaftung.

Der Sozialismus will bekanntlich die „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel und demgemäß die „Vergesellschaftung“ der gesamten Produktion. Was dieses Wort „Vergesellschaftung“ eigentlich zu bedeuten habe, das will in die Köpfe unserer Gelehrten nur schwer hinein. Nicht selten kann man von ihnen die naive Äußerung hören: „Dem steht ja nichts im Wege; so gut wie heute schon die Eisenbahnen, viele Bergwerke, Schiffswerften usw. in Staatsbesitz übergegangen sind, so kann das in Zukunft mit noch mehr Betrieben geschehen, wenn man sich einen wirtschaftlichen Nutzen davon verspricht.“ Sie begreifen nicht, daß „Verstaatlichung“ noch lange nicht dasselbe ist wie „Vergesellschaftung“. Nun bietet eines der wichtigsten aktuellen Probleme unseres Wirtschaftslebens Gelegenheit, diesen Unterschied mit besonderer Klarheit zu erkennen. Wir meinen die bevorstehenden und zum Teil schon begonnenen Kämpfe um die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats.

Welch ungeheuren Einfluß das Kohlen-Syndikat auf unser ganzes Wirtschaftsleben ausübt, darf heute wohl als allgemein bekannt angesehen werden. Zugleich zeigt diese mächtige Korporation in ihrer bisherigen Lebensgeschichte ein typisches Bild derjenigen Schicht, denen die Bewegung zur Konzentration der Kapitale notwendig unterworfen ist.

Begründet wurde das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat im Jahre 1893 zwecks „Beseitigung ungesunden Wettbewerbs auf dem Kohlenmarkt“. Das Mittel dazu ist die sogenannte „Kontingentierung“ der Produktion und die Regelung des Verkaufs. Es steht den beigetretenen Zechenbesitzern nicht frei, wie viel sie produzieren wollen; vielmehr schreibt ihnen das Syndikat von Jahr zu Jahr die „Beteiligungs-Ziffer“ vor, und eine scharfe Kontrolle sorgt dafür, daß sie nicht überschritten wird. Jeder Teilnehmer liefert dann seine gesamte Produktion an Kohlen, Koks und Briquets dem Syndikat, nur ihm allein darf er sie verkaufen, und das Syndikat hat dafür die Verpflichtung, diese sämtlichen Produkte zu übernehmen und weiter zu verkaufen. Jeden Auftrag, ja selbst jede Anfrage, die ein Teilnehmer direkt von der Kundschaft erhält, muß er an das Syndikat zur Erledigung weitergeben. Das ist, wie man sieht, eine sehr straffe Organisation zu dem Zweck, die gegenseitige Unterbietung auszuschalten und die Preise hochzuhalten.

Nur hatte das Syndikat von vornherein mit einer Schwierigkeit zu rechnen: es gab eine Anzahl Zechen, die zugleich Hüttenwerke besaßen. Diese waren zum Teil wohl bereit, dem Syndikat beizutreten und sich eine Beteiligungsziffer vorschreiben zu lassen, aber nur für die Kohlen, die sie verkauften, nicht für diejenigen, die sie in ihren eigenen Hüttenwerken verbrauchten. Darauf wollte das Syndikat zunächst nicht eingehen, und so blieben diese sogenannten Hüttenzechen zum größten Teil draußen. Das war aber, wie sich im Laufe der Jahre zeigte, ein für das Syndikat unmöglicher Zustand. Denn die draußen gebliebenen Zechen profitierten von den hohen Preisen, die das Syndikat durchsetzte, und konnten ihm doch durch geringe Unterbietung eine höchst gefährliche Konkurrenz machen. Es war vorauszu sehen, daß auf diesem Wege das Syndikat in absehbarer Zeit gesprengt sein würde, wenn man nicht Mittel und Wege fand, die Hüttenzechen zum Beitritt zu veranlassen. Dazu gab es aber kein anderes Mittel, als auf die Bedingungen der Hüttenzechen einzugehen, d. h. die in ihren eigenen Werken verbrauchten Kohlen von der Kontingentierung auszunehmen. Dies geschah denn auch bei der Erneuerung des Syndikatsvertrages im Jahre 1903. Der so abgeänderte Vertrag wurde mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1915 abgeschlossen.

In jene Zeit, nämlich in die Jahre 1902 und 1903, fällt nun der Beginn der Zechenverstaatlichung in Westfalen. Da sich voraussehen ließ, daß infolge der neuen Bestimmungen das Kohlen-Syndikat sehr erstarren und folglich die Preise sehr in die Höhe treiben würde, so gerieten die preussischen Eisenbahnbehörden in Sorge um den Bezug der zu ihrem Betrieb nötigen Kohlen. Man fürchtete, durch das Syndikat zu sehr überfordert zu werden. Mit dieser Begründung erschien 1902 ein Gesetzesentwurf, welcher die Mittel zur Errichtung staatlicher Kohlenwerke in Westfalen forderte (außer den Bergwerken, die der preussische Staat im Saargebiet schon besaß). Daneben war freilich bei dieser Verstaatlichung auch in nebelhafter Form vom „Allgemeininteresse“ die Rede, dem dadurch gedient werden sollte. Man hatte damals bereits das Gefühl, daß das Kartellwesen dem privaten Kapital eine Macht verleiht, die nicht nur den Konsum-

menten, nicht nur der weiter verarbeitenden Industrie, sondern auch dem Staate selbst un bequem zu werden droht. Man sprach also auch davon, daß durch die staatliche Konkurrenz das Syndikat zum Wankhalten in der Preissteigerung, zur Rücksicht auf die deutsche Industrie gezwungen werden sollte. Wie man sich die Wirksamkeit der verstaatlichten Zechen zugunsten des „Allgemeinwohls“ gedacht haben mag, darüber gaben die „Monatshefte für Finanz- und Bankwesen“ kürzlich folgende Aufklärung.

Der Zusammenschluß in Form von Kartellen, Preis-konventionen, Syndikaten erfordert immer eine gewisse Gleichartigkeit der Produktion und des Produkts. Die ist gegeben in der sogenannten „schweren“ Industrie, d. h. derjenigen, die Rohstoffe oder halbprohe Produkte liefert, vornehmlich Kohle und rohes Eisen. In einer Kohlen-grube wird im wesentlichen ebenso gearbeitet wie in der andern, und das Produkt ist Kohle und immer wieder Kohle. Da können verschiedene Firmen unter einander die Preise vereinbaren, die Produktion kontingentieren usw. Dahingegen diejenigen Industrien, welche diese Rohstoffe übernehmen und weiter verarbeiten, haben feinere, kompliziertere und differenziertere Produktionsprozesse. Somit ist bei ihnen Vereinbarung und Verabredung schwieriger, und die „schwere“ Industrie ist ihnen durch die Möglichkeit strafbarer Kartellierung überlegen. Diesen Vorteil haben nun die Herren von der schweren Industrie rücksichtslos ausgenutzt. Es ist eine alte Klage: „Deutsche Kohlen, deutsches Halbzeug werden vielfach der ausländischen Konkurrenz derartiger Fertigungsindustrien billiger geliefert als ihnen selbst.“ Wenn es den verstaatlichten Zechen gelang, das Syndikat zur Ermäßigung seiner Inlandspreise zu zwingen, so war damit der gesamten „nationalen“ Wirtschaft gedient.

So ungefähr wurde damals geredet. Aber nachdem die Zechen verstaatlicht waren, ist in dieser Richtung nichts geschehen! Die genannte Zeitschrift muß hinter jenen Mitleidenschaft gleich fortfahren:

„Wenn der Leitgedanke der fiskalischen Kohlenpolitik dahingegangen ist, dem Allgemeininteresse durch Ausgleich derartiger Anomalien zu nützen und die private Kohlenindustrie durch Konkurrenz zu einer mehr im Allgemeininteresse liegenden Geschäftsabwicklung zu zwingen, so hat diese sozusagen indirekt staatliche Methode der wirtschaftlichen Ausgleichung verlagert.“

Warum aber hat sie verlagert, warum mußte sie verlagern? Die Gründe zeigen bereits mit aller Deutlichkeit das Wesen der Verstaatlichung und ihren himmelweiten Unterschied von der Vergesellschaftung:

„Vom Allgemeininteresse“ — schreibt die genannte Zeitschrift weiter — „ist heute bei der fiskalischen Kohlenpolitik wenig mehr die Rede... Der Fiskus muß wie jeder Kaufmann rechnen. Während der ganzen Zeit, seit der preussische Kohlen- und Bergbau betreibt, hat er keine konsumentenfreundlichere Politik betrieben als das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat, weder mit seinem jungen westfälischen, noch mit seinem alten Saarkohlenbesitz, mit dem er für gewisse Absatzbezirke lange Zeit nahezu ein Monopol hatte.“

In der letzten Zeit ist die Kohlenmacht des Fiskus (in Westfalen) langsam erstarbt, und in absehbarer Zeit dürfte sie so weit sein, daß sie bei der Dominierung der Kohlenpreise ein ernstes Wort mitreden kann. Aber von einer Kampfstellung gegen das Kohlen-Syndikat ist jetzt wenig mehr die Rede. Es ist eine alte Erfahrung, daß Besitz zaghaft macht, und daß nur der viel riskiert, der nicht viel zu verlieren hat.“

Mit anderen Worten: durch die Verstaatlichung ist der Staat ganz einfach selbst Zechenbesitzer geworden und hat nun das gleiche Interesse an hohen Kohlenpreisen wie das Syndikat. Die staatlichen Bergwerke sind nämlich nicht in der Lage, ihre gesamte Produktion an die Staatseisenbahnen zu liefern. Zum Teil sind die Entfernungen zu groß und infolge dessen die Transportkosten zu hoch, zum Teil ist auch die Qualität der Kohle nicht für den Eisenbahnbetrieb geeignet. Es müssen also die Eisenbahnen nach wie vor einen großen Teil ihrer Kohlen von privaten Zechen kaufen, und die Staatszechen müssen den größten Teil ihrer Produktion an Privatleute verkaufen. Infolgedessen ist die Stellung der Staatszechen zum Syndikat eine ganz andere geworden als sie ursprünglich sein sollte, und neuerdings ist sogar der Vorschlag aufgetaucht, der preussische Staat solle mit seinem westfälischen Kohlenbesitz selbst dem Syndikat beitreten!

Um das zu beurteilen, müssen wir nun erst auf die Weiterentwicklung des Syndikats seit 1903 eingehen.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Arbeiterverräter.

Der Reichstag setzte am Freitag die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung fort. Zunächst ging die

Sache im Trabe weiter. Dann aber kam eine große und grundsätzliche Debatte, die freilich mit einer grotesken Tragikomödie endete. Von Seiten der Linken war der Antrag eingebracht, nach so vielen Verhutzungen, Verschlimmböhrungen, Verschümelungen und Verschandlungen des Versicherungswerkes dem Proletariat wenigstens einen Vorteil zu bieten, nämlich die Herabsetzung der bekanntlich jetzt auf 70 Jahre normierten Altersgrenze für den Bezug der künftigen Altersrente. Es hieß Eulen nach Athen oder Schnapsbrenner in den Reichstag tragen, wollten wir auseinanderlegen, daß die Altersgrenze von 70 Jahren den ganzen Wert der Altersversicherung nahezu illusorisch macht. Das haben sogar die Nationalliberalen ein und ihr Redner Stresemann erklärt sich denn auch für den Antrag, den die liberalen Ärzte, Dr. Mugdan und Dr. Arnim, mit guten Gründen der medizinischen Wissenschaft empfahlen. Von unserer Seite sprachen die Genossen Faber, der sich mit einer trefflichen Jungferrede einführte, Wolkenbühr und Südekum mit Nachdruck und Eifer für die Forderung der Herabsetzung, eine Forderung, die selbstverständlich sein sollte, wenn im Reichstag resp. bei der Reichstagsmehrheit noch etwas von ernsther sozialpolitischer Wille vorhanden wäre. Aber dieser fehlt eben. Vor einem Unannehmbar, das Delbrück im Auftrage seines irgendwo im Reichstagsgebäude, allerdings nicht im Saale, erschienenen Vorgesetzten, des bekannten Generalmajors Bethmann, vorbringen mußte, wich das Zentrum zurück, das zuvor Neigung gezeigt hatte, durch Annahme des Antrages sich etwas politischen Ablass bei den Arbeitern zu erkaufen. Das war schmachvoll, aber nicht weiter verwunderlich. Was aber diesem ganzen Schauspiel den widerwärtigsten Charakter verleiht, das war das Intrigenpiel, das während der Plenarverhandlungen in den Wandelgängen spielte. Dem Zentrum wurde übel zumute bei dem Gedanken, daß es sich von Nationalliberalen an Arbeiterfreundlichkeit übertreffen lassen könnte. Es zeigte daher Neigung für den Antrag zu stimmen. Das aber hätte einen Konflikt mit der Regierung bedeutet. Und so groß die Furcht des Zentrums vor einem Vorsprung seines nationalliberalen Konkurrenten war, noch viel größer war die Furcht der nationalliberalen Mannesleuten vor einem Konflikt mit der Regierung. Von nationalliberaler Seite wurde das Zentrum ermuntert, gegen die Herabsetzung der Altersgrenze zu stimmen. Das Zentrum aber fand sich nur dann dazu bereit, wenn ein genügend großer Bruchteil der Nationalliberalen sich mit ihm in das Odium der Ablehnung teile. So turnte denn der reichsverbändlerische Professor und Massenführer Goercke in den Reihen seiner Parteigenossen herum und brachte ein Bänderbüschel von Neinsagern zusammen. Das Zentrum seinerseits stimmte geschlossen mit Nein und seine Renommierarbeiter, die Becker und die Giesberts übernahmen die Rechtfertigung dieses Arbeiterverrats. Der Arbeiterführer Becker-Ursberg hat wahrlich das Lorbeerkränzel verdient, das ihm namens der deutschen Arbeiterschaft der Scharfmacher von Camp-Massonne auf „staatsmännische“ Haupt drückte.

Am Sonnabend geht die Beratung weiter.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Die Umzugsgelder, Tagegelber und Fuhrkosten der Kolonialbeamten, die bisher, wie für alle Reichsbeamten, durch kaiserliche Verordnung geregelt worden sind und zwar in einer Weise, die für das Reich nicht von Vorteil war, sollen nun durch ein Reichsgesetz festgelegt werden. Die Regierung schlägt je nach dem Range der Beamten abgestufte Tagegelber vor, die für Gouverneure 35-40 Mark, für höhere und mittlere Beamte 8 und 12 bis 28 und 30 Mk., für Unterbeamte 4-6 Mk. betragen sollen. Die Kilometergelber sind ähnlich abgestuft: von einem halben Pfennig bis zu 10 Pfg. für das Kilometer. An Fuhrkosten für Reisen, die weder mit der Eisenbahn noch mit dem Schiff ausgeführt werden können, werden 30 Pfg. bis 1 Mk. für das Kilometer vorgeschlagen. Diese Regelung, die, wie von sozialdemokratischer Seite erklärt wurde, an die Zeit der ehrwürdigen Postkutsche erinnert, wurde lebhaft bekämpft; sie entspricht auch nicht dem Wunsche des Reichstages nach möglicher Sparbarkeit. Vom Zentrum wurde vorgeschlagen, den Beamten die Fahrpreise für Eisenbahnen und Schiffe und dazu einen entsprechenden Zuschlag zur Bestreitung der außerdem entstehenden Unkosten zu bezahlen. Die Sätze sollen so bemessen werden, daß der Beamte alle notwendigen Ausgaben erstattet erhält, ohne daß er Gelegenheit hat, Überschüsse zu erzielen. Die Regierung verteidigte ihren Entwurf, der bei der großen Verschiedenheit, die bei Reisen in die Kolonien eintreten und nicht zu beseitigen seien, doch die beste Regelung herbeiführen werde.

Die Kommission entschied sich im Prinzip für die Zentrumsvorschlüsse und lehnte die Tage- und Kilometer-

gelber ab. Die Regierung wurde aufgefordert, diesem Beschlusse entsprechende Vorschläge zu machen und genaue Berechnungen vorzulegen, die als Grundlage einer Spezialdiskussion dienen sollen. An Umzugskosten werden für die etatmäßigen Kolonialbeamten, die in 7 Klassen eingeteilt sind, Beträge von 200 bis 2500 Mark vorgeschlagen; hinzukommen 10 Prozent dieser Sätze für jede angefangene 1000 Kilometer. Bemerkenswert ist, daß die Reisereisen nach den deutschen Kolonien im Durchschnitt eine Länge von 10 000 Kilometern aufweisen. Beamte ohne Familie sollen nur die Hälfte der genannten Umzugskosten erhalten. Verheiratete Beamte haben auch Anspruch auf Fahrkosten für ihre Familienangehörigen und für Diensthofen, falls sie solche mit auf die Reise nehmen. Da die Umzugskosten außerordentlich hohe Ausgaben verursachen, wurden die Vorschläge der Regierung angefochten; dringend wurde Sparbarkeit verlangt. Es wurde mitgeteilt, daß für einzelne Beamte im Auswärtigen Amt für einen Umzug 25 000 bis 33 000 M. k. Umzugskosten bezahlt werden mußten. Es müsse auch die Frage erwogen werden, ob es zweckmäßig sei, daß die Beamten ihr Mobiliar auf so große Entfernungen aus der Heimat mitnehmen, statt am neuen Orte neues Mobiliar zu beschaffen. Die Regierung bestritt, daß dieser Weg zu einer Verbilligung führen werde.

Die Weiterberatung wurde vertagt, bis die Regierung neue Vorschläge unterbreitet hat.

Der Senioratenkonvent des Reichstags

beriet am Freitag über die Geschäfte des Reichstags, besonders über die Arbeiten vor Pfingsten. Es wird beabsichtigt, den Reichstag nach Pfingsten nicht mehr tagen zu lassen, sondern eine Vertagung bis zum Herbst eintreten zu lassen. Vor Pfingsten sollen noch folgende Gesetzentwürfe erledigt werden: Reichsversicherungsordnung, Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen, der Handelsvertrag mit Schweden, eine Vorlage über die Gewährung von Anwesenheitsgeldern an die Mitglieder des Reichstags für die Herbstsession, dazwischen folgende kleinere Vorlagen: Niederlassungsvertrag mit der Schweiz, der Entwurf über den Patentausführungszwang und eine Reihe anderer kleinerer Gesetze.

Für die Beratung im Herbst sollen zurückgestellt bleiben: der Entwurf über die Schiffsabgaben; Änderung des Strafgesetzbuches; die Strafprozessordnung, wegen deren Zustandekommen starke Zweifel gehegt werden; das Hausarbeitsgesetz; das Arbeitskammergesetz; die Novelle zur Gewerbeordnung; die Errichtung eines kolonialen Konsulargerichtshofes und vor allem das Privatbeamtenversicherungs Gesetz, das die Regierung noch einzubringen beabsichtigt; außerdem eine Reihe anderer kleinerer Vorlagen. Die Herbsttagung würde Anfang Oktober beginnen.

Für die nächste Woche soll an erster Stelle der schwedische Handelsvertrag zur Beratung kommen, am Mittwoch der Entwurf über die Verfassung von Elsaß-Lothringen. Die letzte Woche vor Pfingsten sollen alle dritte Lesungen der angegebenen Gesetze erfolgen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Feuerbestattungsgesetz wurde am Freitag noch nicht erledigt. Zentrum und Konservative bemühten sich, in der dritten Lesung noch weitere Verschlechterungen vorzunehmen. Ein Zentrumsantrag, nach dem die Errichtung von Krematorien nicht den Gemeinden, sondern nur den Feuerbestattungsvereinen zustehen soll, wurde in namentlicher Abstimmung mit nur 10 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Dagegen fanden zwei andere Zentrumsanträge Annahme, nach denen zur Beschleunigung über die Errichtung eines Krematoriums die Zweidrittelmehrheit der Gemeindevertretung erforderlich und die Benutzungsgebühren so hoch sein müssen, daß sie sämtliche Errichtungs-, Betriebs- und Erhaltungskosten der Krematorien decken. Die Folge wird sein, daß die Feuerbestattung ein Privileg der Besitzenden bleiben wird.

Dann wurde die Debatte über die Ansiedelungspolitik in den Ostmarken fortgesetzt. Abg. Pachnick (Vorwärts, Volksp.) und ein polnischer Redner wiesen auf das Fiasko dieser Politik hin, und in einer trefflichen Rede ging Genosse Ströbel diesem Feldzuge des preussischen Staates gegen einen Teil seiner Staatsbürger, der bereits 700 Millionen Mark verschlungen hat, zu Leibe. Der Landwirtschaftsminister mußte auf die prinzipielle Ablehnung dieser Politik nichts zu erwidern. Die Weiterberatung wurde am Sonnabend vertagt; es soll dann auch die Schlussabstimmung über das Feuerbestattungsgesetz vorgenommen werden.

Die Erledigung der Reichsversicherungsordnung.

Durch die bürgerliche Presse läuft eine fast gleichlautende Notiz, die den Anschein erwecken könnte und jedenfalls auch erwecken soll, als ob die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, des Kampfes müde, mit der Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung sich einverstanden erklärt habe. Der wahre Sachbestand wird dadurch größtenteils entstellt, weshalb der Vorgang etwas eingehender geschildert werden muß. Der Reichsversicherungsordnungskommission war auch das Hilfskassengesetz und das Einführungsgesetz zur Beratung überwiesen worden. Mit Rücksicht auf die lange Dauer der Plenarsitzung und auf die angestrengte Arbeit der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder, die im Plenum des Reichstages jeden Tag mehrmals das Wort ergreifen müssen, stellten unsere Genossen den Antrag, die Beratung des Hilfskassengesetzes auf den Herbst zu vertagen. Die bürgerliche Presse behauptete nun, unsere Genossen hätten für den Fall der Erfüllung ihres Wunsches erklärt:

„Man werde bestritt sein, die Verhandlungen über die Versicherungsordnung und das Einführungsgesetz so zu fördern, daß diese Gesetze vor Pfingsten zur Verabschiedung gelangen könnten. Von Seiten der übrigen Parteien wurde dem ausgesprochenen Wunsche kein Widerstand entgegengeleitet unter der Voraussetzung, daß diese Zustimmung in loyaler Weise seitens der Sozialdemokratie erfüllt werde.“

Diese Darstellung stellt den bisherigen Sachverhalt bündig auf den Kopf. Von bürgerlicher Seite wurde die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, die Reichsversicherungsordnung noch vor Pfingsten zu erledigen. Einer unserer Genossen erklärte nun, was schon wiederholt gesagt

worden ist, daß die sozialdemokratische Fraktion keine Obstruktion treiben, aber selbstverständlich ihre Anträge eingehend begründen würde. Bei dem völligen Schweigen der bürgerlichen Parteien kann ja von einer Diskussion überhaupt keine Rede sein, und darauf hinspielend meinte unser Genosse, daß es unter diesen Umständen möglich sei, den ganzen Gesetzentwurf bis Ende dieser Woche in zweiter Lesung durchzubekommen. Unsere Genossen haben also nicht, wie es den Anschein haben könnte, zum Danke für die Zurückstellung der Beratung des Hilfskassengesetzes etwa erklärt, daß sie mit dem Treiben der bürgerlichen Parteien einverstanden sind, vielmehr wurde ausdrücklich betont, daß von unserer Seite unter allen Umständen das gesagt werde, was nach Lage der Sache zu sagen nötig sei.

Eine neue Wahlrechtsvorlage in Preußen?

Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau teilt mit, im Reichstag sei am Donnerstag das Gerücht verbreitet, daß zu Anfang des nächsten Jahres eine neue preussische Wahlrechtsvorlage ausgearbeitet werden solle.

Die Verbreitung dieser Nachricht läßt vermuten, daß es sich um mehr als um ein Gerücht handle. Zentrumsblätter bringen denn auch aus Berlin die Nachricht, der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg habe in der letzten Sitzung des Staatsministeriums neue Verhandlungen über die Grundzüge einer Verfassungsreform für Preußen eingeleitet. Die neue Wahlrechtsvorlage solle dem Landtage im Januar 1912 zugehen.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, warum die Nachricht, wenn die Absicht wirklich besteht, jetzt in die Öffentlichkeit lanciert wird und warum die neue Wahlrechtsvorlage gerade im Januar nächsten Jahres erscheinen soll. Um die Zeit werden bekanntlich die Reichstagswahlen stattfinden. Glaubt die Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg etwa, mit ihrer neuen Wahlrechtsvorlage Einfluß auf den Ausgang der Wahlen ausüben zu können? Da müßte sie freilich in ganz anderem Geiste gehalten sein, als die frühere Wahlrechtsvorlage. Daran glauben wir aber nicht früher, als wir sie sehen. Wenn aber die Regierung selbst die preussische Wahlrechtsfrage mit den Reichstagswahlen in engen Zusammenhang bringen will, so soll es uns recht sein.

Nützliche Willkür im Königreiche Seydebrandt.

Im Wahlkreise Mittsch-Trebnitz tobt der Wahlkampf schon jetzt so, als ob die Wahl schon vor der Tür stünde. Die Konservativen bekämpfen die ehemaligen Blockgenossen, die Nationalliberalen mit denselben schiefen Mitteln, die sie sonst immer gegen die Sozialdemokraten angewandt haben. Erst kürzlich mußte die nationalliberale Partei einen Aufruf erlassen, in dem sie um Überlassung von Grundstücken zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel bat, weil alle Gastwirte im Wahlkreise sich vor der Schikane von oben fürchten, wenn sie den Nationalliberalen die Säle geben. Aber die Amtsvorsteher greifen auch in direkter Weise in den Kampf zugunsten der Konservativen ein. So wurde in Pawellau eine nationalliberale Wählerversammlung vom Amtsvorsteher nur deshalb aufgelöst, und die Versammlungsbesucher amtlich aufgefordert, das Lokal zu verlassen, weil ein anderer als der angekündigte Redner sprach.

Aus einer „christlichen“ Krankenkasse.

Einen weiteren Beleg dafür, wie wenig gerade die Zentrumspresse und die Zentrumsparlamentarier berechtigt sind, über Mißwirtschaft in „sozialdemokratischen“ Krankenkassen zu zerkn, bietet die vollständig unter ultramontaner Leitung stehende Allgemeine Ortskrankenkasse zu Essen a. d. Ruhr. Diese Kasse zählt 24 000 bis 25 000 Mitglieder und hat alljährlich etwa 36 000 Mark Verwaltungskosten. Der Rendant — Verwaltungsdirektor genannt — ein stammer Zentrumsman, bezieht die Kleinigkeit von 11 000 Mk. Gehalt neben freier Wohnung und hat alljährlich Anspruch auf eine „Gratifikation“ in Höhe von 2000 Mark. Die übrigen Angestellten der Kasse müssen sich mit durchschnittlich 1500 Mk. Gehalt begnügen. Das Interessanteste ist nun aber, daß anlässlich der Einbringung des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung dem Herrn Verwaltungsdirektor, der auf Lebenszeit angestellt ist, und nur wegen Vergehen oder Verbrechen gegen das Vermögen der Kasse entlassen werden kann, eine Erschließung des bisher bezogenen Gehalts in Gestalt seines gespernten Sparkassenbuches über den Betrag von 32 000 Mk. zugestimmt worden ist. Für die übrigen Beamten sind 2000 Mark insgesamt ausgeworfen worden. Bemerkenswert ist dabei, daß der finanzielle Stand der Kasse ein so wenig guter ist, daß eine dringend nötige Erhöhung der Leistungen wegen Mangel an Mitteln abgelehnt werden mußte. Die auf die Sicherung der Bezüge des Verwaltungsdirektors abzielenden Beschlüsse sind von dem ultramontanen befehlenden Vorstande der Krankenkasse ohne Hinzuziehung der Kassenvorsteher gefaßt worden. Bemerkenswert ist weiter, daß der Zentrumsabg. Becker-Arnberg, der kürzlich im Reichstage so beweglich über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Krankenkassen zu jammern wußte, von diesen absonderlichen Dingen in der Essener Kasse genau unterrichtet war, aber nicht Gelegenheit nahm, auch hierüber sich auszusprechen.

Ähnliche Verhältnisse herrschen, wie von „christlichen“ Kassenvorstellern zugegeben wurde, in nicht wenigen unter kirchlichem Einfluß stehenden Krankenkassen des Rheinlandes. Es ist demnach die widerlichste Zentrumsheuchelei, wenn gerade von dieser Seite immerwährend gegen die Krankenkassenverwaltung durch freie Arbeiter gehetzt wird. In einer Kasse unter solcher Leitung sind Dinge wie die geschilderten einfach unmöglich.

Elsaß-Lothringen.

Die Verfassungsvorlage und das Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen sind gestern von der Kommission in der Einzelberatung angenommen worden.

Eine Gesamtabstimmung fand nicht statt. Zunächst wurde das Wahlgesetz in zweiter Lesung mit einigen Änderungen erledigt — das Pluralwahlrecht bleibt ausge-

schaltet. Die Wohnungsklausel wurde eingeschränkt. Bei Beamten genügt einjähriger Aufenthalt, bei anderen Einwohnern dreijähriger Aufenthalt in den Reichsländern, nicht im Wahlkreise, zur Erwerbung des Stimmrechts.

Dann wurde sofort die dritte Lesung der Verfassungsvorlage vorgenommen. Unter Annahme zweier von den Konservativen gestellter Anträge betreffend Schutz der Religionsfreiheit und Sprachenrecht werden die entscheidenden Paragraphen mit 19 Stimmen der Reichspartei, des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten angenommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 20. Mai.

Achtung, Tapezierer! Die Tapeziererchiffen Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Bezug nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Wegen der Maifeier sind Differenzen in der Wandliefenfabrik Dänischburg (Willeroy u. Bod) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Schlosser, Dreher, Maurer, Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Bezug ist streng fernzuhalten.

Achtung, Maler! über die Werkstellen Hargus Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Achtung, Arbeiter! Die Arbeiter der Firma Emenhorst, Holzhandlung und Sägewerk, Harburg, und die Arbeiter des Hartsteinwerks Sargwerk haben wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt! Beide Firmen suchen Arbeitswillige heranzuziehen. Werde keiner zum Verräter und gehe als Arbeitswilliger nach Harburg. Bezug ist streng fernzuhalten!

Über die Erhöhung der Mannschaftshuern in Lübeck und Bremen schreibt die hiesige Rederpresse: „Dem Beispiel des Norddeutschen Lloyd und des Vereins Hamburger Reder folgend haben nun auch die übrigen Bremer sowie die Lübecker Reedereien eine Heuererhöhung für die Mannschaften eintreten lassen. In Bremen sind die Heuern für Matrosen und Heizer in der transatlantischen Fahrt um 5 Mk., also für Matrosen von 65 Mk. auf 70 Mk., für Heizer von 70 Mk. auf 75 Mk. und in der Ost- und Nordseeahrt um 3 Mk., also für Matrosen von 65 Mk. auf 68 Mk. und für Heizer von 70 Mk. auf 73 Mk. erhöht worden. In Lübeck beträgt die Heuererhöhung 5 Mk.; die Heuern sind also für Matrosen und Heizer von 60 Mk. auf 65 Mk. gestiegen.“ — Wie schön es sich doch macht, auf das „Beispiel des Norddeutschen Lloyd“ hinzuweisen zu können, als wenn die Gesellschaft aus reiner Großmut sich zu der Heuererhöhung freiwillig bereit erklärt hätte. Dem ist natürlich nicht so! Es bedurfte vielmehr des Eingreifens des Seemannsverbandes und nur diesem Eingreifen ist es zu verdanken, daß die Mannschaftshuern beim Lloyd und den übrigen Reedereien erhöht wurden. Das gleiche war auch in Lübeck nötig, wie wir seinerzeit berichtet haben.

Ein Einschreibebrief-Automat ist nunmehr auch im hiesigen Hauptpostamt zur Ausstellung gelangt, und zwar neben dem Markenverkaufschalter am Schalter 7. Die Benutzung des Automaten ist sehr einfach. Der frankierte Brief wird in den Einwurf gesteckt, dann die an dem Automaten befindliche Kurzel zweimal herumgedreht, wodurch der Brief mit einem Datumaufdruck, Nummer und Bezeichnung des Postamtes versehen und ein gleichlautender Einkieferungschein dem Abfahnder automatisch verabsolgt wird.

Wilde, der bekannte Falschmünzer und Ausbrecher, stand gestern wieder einmal vor Gericht; diesmal vor der Lübecker Strafkammer. Er hatte nämlich gegen das schöffengerichtliche Urteil, durch welches er wegen Diebstahls und Sachbeschädigung, begangen anlässlich seines letzten Ausbruchs aus dem hiesigen Untersuchungsgefängnis, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, Berufung eingelegt. Bekanntlich sollte Wilde mehrere Decken, die er zu seiner Flucht als Seil und als Kleidung benutzte, entwendet haben, während er jedoch jede Diebstahlsabsicht bestritt. Die Strafkammer kam wieder zu einer Verurteilung wegen beider Delikte, sah die Sache aber etwas milder an und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis.

Erhebliche Fleischdiebstähle, ausgeführt von Schlachtergesellen, sollen bei einem hiesigen Schlachtermester vorgekommen sein. Bisher sind drei Verhaftungen erfolgt!

Saatensand im lübeckischen Saate um die Mitte des Monats Mai 1911. Nach den Meldungen der Vorstände unserer 50 Landgemeinden hat das Statistische Amt für Mitte Mai folgende Saatensaatensnoten berechnet (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering): für Winterweizen Nr. 2,1 (im April 2,5), für Winterroggen 2,4 (Nr. 2,5), für Sommergerste Nr. 2,5 (Mai 1910: Nr. 2,6), für Hafer Nr. 2,6 (Nr. 2,6), für Kartoffeln Nr. 2,9 (Nr. 3,0), für Kleie Nr. 2,4 (April 2,9), für Bewässerungswiesen Nr. 2,4 (Nr. 3,0), für andere Wiesen Nr. 2,2 (Nr. 3,0). Infolge des warmen Wetters haben sich die Winterarbeiten gut entwickelt. Die Frühjahrssaatenbestellung ist überall beschafft, Hafer ist größtenteils, Sommergerste und besonders Kartoffeln sind dagegen erst teilweise aufgelaufen. Für gute Entwicklung der Sommerung ist ergiebiger Regen erwünscht. Die Kleefelder haben vielfach tierischer Schädlinge (Mäuse) wegen lüdenhaften Stand. Wiesen zeigen infolge der im Mai eingetretenen Wärme ein frisches Aussehen.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 19. Mai, morgens 6 Uhr: Wasser 17, Luft 10; morgens 10 Uhr: Wasser 17½, Luft 14; mittags 12 Uhr: Wasser 18, Luft 18; abends 6 Uhr: Wasser 18, Luft 15 Grad Celsius. Zahl der Badenden: etwa 300 männliche (darunter 1 Klasse mit 40 Schülern) und 250 weibliche Personen.

Frühlingsfieber. Es ist gut, daß jede Jahreszeit ihre besonderen Freunde hat. Den größten Ruhm in Prosa und Dichtung hat immerhin unzweifelhaft der Frühling davongetragen, und das erklärt sich von selbst. Die Freude am Wiedererwachen der Natur aus dem Winterschlaf ist ein fast selbstverständliches Gefühl, und wenn die Kinder der gemäßigten Zone in wärmeren Gegenden etwas vermissen, so ist es gerade der Gegensatz von Winter und Frühling. Aber auch der Lenz hat seine Feinde. Wer mit sich und der Welt zerfallen ist, kommt gerade im Frühling auf die schwersten Gedanken, weil er fühlt, daß er den allgemeinen Aufschwung in der Natur nicht mitmachen kann. Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß im Frühjahr die meisten Selbstmorde vorkommen. Auch andere Störungen des gesundheitlichen Gleichgewichts sind häufig, und man hat für ihre harmloseren Formen die Bezeichnung des Frühlingsfiebers erfunden. Es äußert sich je nach der Veranlagung des einzelnen verschieden, bald in

gesteigerte Erregung und Ruhelosigkeit, bald in Niedergeschlagenheit. Man könnte in einer naturwissenschaftlichen Betrachtung der Frage von einem Blick auf die Tierwelt ausgehen. Auch bei dieser müssen die Frühlingsgefühle von sehr verschiedener Art sein. Wie anders muß ein Zugvogel empfinden, der eigentlich in einem dauernden Sommer lebt, als ein Murmeltier oder Hamster, der den ganzen Winter durch schläft. Der Mensch hat sich den Winterschlaf, den er vielleicht vor Jahrtausenden aus Zwang gepflegt hat, seit langer Zeit vollständig abgewöhnt. Allerdings gibt es auch noch Menschen, die sich einem Winterschlaf hingeben, wie es von Landbewohnern in manchen Gegenden Rußlands glaubwürdig berichtet und beschrieben worden ist. Da muß gleichfalls ein ungeheurer Gegensatz bestehen zwischen solchen Menschen und einem Kulturwesen, das im ganzen Jahre keine Ruhe kennt und durch den Fortschritt der künstlichen Beleuchtung die Nacht zum Tage und den Winter zum Sommer zu machen bestrebt ist. Aber wenn sich auch das Licht einigermaßen erheben läßt, so gibt es für die Sonnenwärme und die durch sie hervorgerufenen Wirkungen keinen Ersatz menschlicher Kunst, und so lange das nicht erreicht ist, wird der Mensch für den Eintritt des Frühlings immer empfänglich bleiben, und es wird immer Leute, besonders unter der Jugend geben, die in dieser Jahreszeit in einen fieberhaften Zustand geraten.

Das Wesen der Atmung. Der Mensch soll, wie es von Ärzten und Hygienikern immer wieder gelehrt wird, durch die Nase atmen und nicht durch den Mund. Man sollte auch meinen, daß der Grund dieser Forderung leicht zu begreifen sei. Durch die Nase wird die Luft angewärmt, befeuchtet und filtriert, ehe sie in die inneren Luftwege gelangt. Würde man dauernd durch den Mund atmen, so wären Nachen, Kehlkopf und Luftröhre der Kälte, Trockenheit und dem Staub mit seinem Inhalt an Bakterien ausgesetzt. Jeder kann aufs leichteste beobachten, daß ihm, wie man sich im allgemeinen ausdrückt, der Hals trocken wird, wenn er durch den Mund atmet, und dieser Einfluß steigert sich sogar bis zu einer vorübergehenden Lähmung der Stimmbänder, die erst durch ein Räuspern beseitigt werden muß. Gar zu viel darf freilich auch der Nase nicht zugemutet werden. Ein Bergmann in einem Kohlenbergwerk z. B. muß so viel Staub mit der Atemluft in sich aufnehmen, daß die Nase ihn nicht von den inneren Luftwegen fernhalten kann. Deshalb findet sich die Lunge eines solchen Mannes, wenn sie nach seinem Tode besichtigt wird, stets schwarz von Kohlenstaub. Da dieser im übrigen sauber ist und keine Keime zu enthalten pflegt, ist ein nennenswerter Schaden oder gar eine Lebenslängung damit scheinbar nicht verbunden. Ein gesunder erwachsener Mensch tut im Durchschnitt 18 Atemzüge in der Minute, jedoch ändert sich diese Zahl mit dem Alter. Ein neugeborenes Kind atmet mehr als doppelt so schnell, nämlich 44 Züge in der Minute. Bis zum Alter von fünf Jahren verlangsamt sich die Atmung auf 26 Züge. Der Unterschied im Umfang des Brustkastens zwischen Ein- und Ausatmung beläuft sich beim gesunden Menschen auf etwa 6 Zentimeter. Der Brustumfang sollte bei jedem Menschen in einem bestimmten Verhältnis zur Größe stehen. Wägt jemand fünf Fuß, so sollte er einen Brustumfang von 64 Zentimeter besitzen, bei 5 1/2 Fuß Größe 93 Zentimeter und bei 6 Fuß Länge rund 100 Zentimeter.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Kurt Richters heiteres Spiel: „Sommerpuhl“ wird Sonntag, Montag und Dienstag zur Aufführung gelangen. Das gesamte Lustspiel-Repertoire ist beschliffen. Die Leitung liegt in den Händen des Oberregisseurs Michael Wichon. Mittwoch ist zugunsten des Kinderhilfsfestes Hermann Sudermanns: „Die Schmetterlingsflucht“ neuinszeniert und für Donnerstag ist: „Sein Doppelgänger“, der glänzende Schwank von Hennequin und Demal, in Vorbereitung. In der nächsten Woche wird Herr Hans Helmuth Koch als „Oswald“ in Henrik Ibsens: „Gespensker“ auftreten, ohne Nachricht, die von den vielen Freunden des jungen Lübecker Künstlers gewiß mit großem Interesse aufgenommen wird. Der Vorverkauf ist wieder bei F. Nagel, Markt, und an der Stadthallenkasse, es gelangen für jede Vorstellung die Karten zwei Tage vorher zur Ausgabe. — Wir wollen darauf hinweisen, daß Billets zu ermäßigten Preisen für die Vorstellungen im Stadthallentheater in der Redaktion des „Lübecker Volksboten“ zu haben sind.

Hamburg. Die Steuervorschläge vor der Bürgererschaft. In der allgemeinen Beratung der Steuervorlage, die am Mittwoch abend fortgesetzt und beendet wurde, ergiff zunächst Genosse Stolten das Wort. Der größte Teil der hiesigen Presse habe über die Kommissionsanträge überhaupt keine eigene Meinung geäußert. In sozialdemokratischen Kreisen habe man von Anfang an an der Enttäuschung über die ungerechte Verteilung der Lasten kein Fehl gemacht. Die Erhöhung der Hafenkosten sei allerdings vernünftig, weil sie von den unmittelbaren Hafeninteressenten getragen werden solle. Mit dieser Ansicht befände keine Fraktion sich ja in der guten Gesellschaft des Senates. Mit welcher unglaublichen Stimmungsstärke habe aber die Kaufmannschaft dagegen agitiert. Die zum Erlaß angebotene Firmensteuer sei auch nicht ernst gemeint, wenigstens werde sie in der Bürgererschaft keine Mehrheit finden. Der Redner wendet sich gegen die Erhöhung des Wassergeldes und sehr entschieden gegen die Besteuerung der Konsumvereine und gegen die Luftbarkeitssteuer und empfiehlt eine Vermögenssteuer, die auch dazu dienen werde, die Einkommensteuer wieder beweglich zu machen. — Herr Rohde von der Linken erklärte sich für diese Fraktion gegen eine Vermögenssteuer. Diese bilde den alleräußersten Nothbehelf, sei technisch unzulänglich schwierig und gefährde den Kredit der Kaufleute usw. Eine einfache und erträgliche Art von Vermögenssteuer besäßen wir schon in der Erbschaftsteuer usw. mit den Argumenten, die nur verdecken sollen, daß man einfach von der Vermögenssteuer nichts wissen will, dagegen erklärte sich der Herr ganz entschieden für die Konsumvereinssteuer. Dann nimmt Senator Dr. Dieckel das Wort, um nochmals die Steuervorschläge zu verteidigen. Für das linke Zentrum erklärt sich Herr Giffel u. a. gegen die Konsumvereinssteuer. Darauf schloß der Generaldebate. Nach lebhafter Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, bei der Einzelberatung Nr. 10 (Raibgebühren und Tonnengeld) und Nr. 9 (Luftbarkeitssteuer) vorweg zu nehmen, nämlich die beiden Positionen, die an Ausschüsse verwiesen werden sollen. Sofort tritt das Haus in die Beratung der Nr. 10 ein. Nach einiger Debatte erfolgte Schluß der Sitzung um 11 1/2 Uhr.

Kiel. Versendung verschlossener Briefe durch Gilboten. Die Frage, ob verschlossene Briefe durch die sogenannten Messenger-Poß versandt werden dürfen,

lag dem Reichsgericht vor. Voten des Messenger-Poß-Ausschusses „Blitz“ zu Kiel hatten für eine Firma Schm. 25 000 mit Verschlußmarken versehenen Reklametiketturen, ferner für den Konkursbesitzer Müller 60 verschlossene und adressierte Briefe mit Rechnungen ausgetragen; außerdem hatten sie für den Fährhändler z. S. K. und den stud. med. v. R. verschlossene Briefe an ihre Adressaten besorgt. Die Versendung und Beförderung verschlossener Briefe ist aber strafbar, wenn sie gegen Bezahlung auf andere Weise als durch die Reichspost erfolgt. Das Gilboteninstitut hatte sonach den Charakter einer Privatbeförderungssanstalt, welche gewerbsmäßig Beförderungsvorteile abschloß. Der Geschäftsführer des „Blitz“, Kaufmann Schmidt, war deshalb vom Landgericht Kiel wegen fortgesetzten Vergehens gegen das Postgesetz zu 5000 Mk., der Inhaber der Firma Schm., Kaufmann Müllen, wegen des gleichen Vergehens in einem Falle zu 1012,40 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Schmidt hatte es insbesondere schuldhaft unterlassen, durch Erlaß einer allgemeinen Anordnung dem Vorkommen derartiger Fälle vorzubeugen. Die von beiden Verurteilten ohne nähere Ausfertigung beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde gemäß dem Antrage des Reichsanwalts verworfen, indem zugleich bemerkt wurde, daß schon durch die Übergabe der Briefe zur Beförderung an den Voten das Delikt vollendet sei.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 12. Mai.

1. Qualität	116—121 Mk.
2. „	110—114 „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	110—112 „
do. II. do.	102—107 „

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. Mai.

Auftrieb 2825 Schweine. Markt langsam geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezüchtet für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 52,00 (— bis 41,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 51,— bis 52,00 (41,00 bis 41,50) Mk. Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 52,00 bis 53,00 (40,50 bis 41,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 52,00 bis 53,00 (40,50 bis 41,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 48,00 bis 51,00 (36,50 bis 39,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 45,— bis 46,00 (35,— bis 37,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 40,— bis 44,— (31,— bis 34,50) Mk.

Briefkästen.

Zwei Streitende. Die wöchentlichen Beiträge dürfen nicht in Abzug gebracht werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: E. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Sie sparen am rechten Ort, wenn Sie stets nur das beste kaufen. Dazu gehört vor allem auch **MAGGI'S Würze**, die seit 20 Jahren das Vertrauen aller Hausfrauen und Fachleute genießt, weil sie hält, was sie verspricht.

Man hüte sich vor Nachahmungen!



Komitee- und Kommissionssitzungen

Transportarbeiter!
Vorstand und Lokalkommission.
Montag abend 7 1/4 Uhr.

Der unerbittliche Tod entriß uns gestern abend 6 1/2 Uhr unsern innigst geliebten Sohn u. Enkel **Karl** im zarten Alter von 2 Jahren 5 Monaten.

Tiefbetrübt von seinen Eltern, Großeltern und allen, die ihm nahe standen.
Carl Hudoffsky und Frau, geb. Rothländer, Marlstr. 44.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. d. Mts., morgens 9 1/2 Uhr von der Kapelle Burgtor aus statt. Trauerfeier 9 1/4 Uhr.

Freitag morgen entschlief sanft nach kurzer Krankheit in Hamburg unsere innigst geliebte Tochter, Schwester und Schwägerin **Emma** im 21. Lebensjahre. Auf's tiefste betrauert und schmerzlichst vermisst von den Ihrigen.
Heinrich Jäger u. Frau Louise, geb. Trost, nebst Familie.
Lübeck, den 20. Mai 1911, Moislinger Allee 87a.

Die Trauerfeier findet in Lübeck am Mittwoch, d. 24. Mai, nachmittags 3 1/4 Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt.

Nachruf.

Durch einen plötzlichen Tod wurde unser lieber Arbeitskollege **Hermann Ahrens** aus dem Leben gerufen.

Der Verstorbene hat es verstanden sich durch Freundlichkeit und Fleiß unsere volle Achtung und Liebe zu erwerben.
Wir widmen ihm ein ehrendes Andenken!

Das Lagerpersonal der Firma Lorenz Harms & Söhne.

Zu sofort oder später **Kottwischstraße mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen** zu vermieten. Näheres Kottwischstraße 38, pt., r.

Zum 1. Juli 3 Zimmer u. Zubeh. zu vermieten Glandorfsr. 10. Näheres Holstenstr. 24.

Tüchtiges sauberes Mädchen per 1. Juni gel. Gehalt monatlich 25 Mk. Kaiser-Café, Holstenstr. 17.

Hilfsarbeiterin zu sofort gesucht.

Werner & Hörnig, Buchdruckerei.

Ein dunkelblauer Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. Glognitzstraße 3, pt.

Ein Grammophon mit 15 Platten billig zu verkaufen. Waisenhofstraße 18a, I. r.

Ein rotbraunes Sofa billig zu verkaufen. Glandorfsstraße 85, I. Moderner **Kinderswagen** billig zu verkaufen. Steinrader Weg 51, II. l.

Ein gut erhaltenes Herren-Fahrrad. Marke „Waltire“, billig zu verkaufen. Lühnowstraße 27.

Ein gut erhaltenes Kinderwagen zu verkaufen. Alsterstr. 6, II.

Zu verkaufen eine **Beistelle** mit Matratze und eine **Scheidenschleifarve**. Glognitzstraße 8a.

Eine fast neue Stubentür billig zu verkaufen. Gr. Alster 34.

Durch Zufall ein **gutes Sofa** preiswert zu verkaufen. Beckerstraße 20, part. Fl.

Ein fast neuer Sportwagen billig zu verkaufen. Glognitzstr. 8a.

Für **Liebhaber.** Mehrere selten schöne ausgestopfte Vögel (Bussarde) billig zu verkaufen. Glognitzstraße 21a, I.

Junge Kaninchen zu verkaufen. Ratobstraße 1.

Kaninchen billig zu verkaufen Alsteruferstraße 18a, I.

Belgische Riesenkaninchen zu verkaufen. Sedanzstr. 6a.

Schöne Zugänger zu verkauf. G. Dietz, Wiedefeldstr. 44.

3 Satz kräft. Ferkel zu verk. H. Lange, Mori.

Ein Kind von armen Leuten hat ein **Vortemontaine** mit Inhabat verloren. Wiederbringer Belohnung. Engelsgrube 48/14.

Visitkarten — ff. Elfenbeinkarton — 100 Stück von Mk. 1.— an Buchdruckerei d. Lüb. Volksh. Johannisstraße 46.

Medizinischer Sonntagsdienst

am 21. Mai von 1 Uhr an.
Dr. med. Joël, Königstr. 10.
Dr. med. G. Hofstaetter, Duxstr. 107.
Dr. med. Ad. Christern, Schw. Allee 4.

Selten schöne Salongarnitur 165 Mk. Umbau 75 Mk. Tisch 28 Mk. Salonschrank m. Verglasung 78 Mk. Südbische Küchegarnitur 85 Mk. Vertikows, reich gezeichnet 55 Mk. Tisch 18 Mark. Spiegel mit Schrank 38 Mk. Hochfeine Vortgarnitur 110 Mk., Trumeau 35 Mk. Wertvolles Schlafzimmer, ff. Taschendiwan, Lederstühle, Rohrstühle, Küche enorm billig. Beschichtigung **Wahmstr. 83.**

Alle Sorten Weine und Spirituosen

auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf empfiehlt **J. Höppner, Beckergr. 66.**

Jede sparsame Hausfrau bitten wir, unsern preis freibaren Kunsthonig

Haidokönig

in grünen 1 Pfund-Kartons, Preis 40 Pfg., gültigt im eignen Interesse zu versuchen. Derselbe ist in den meisten Geschäften zu haben.

Lübecker Kunsthonig-Werke Frehrs & Co.

Kartoffeln

(Magnum bonum u. Gierkartoffeln) in allerfeinster Ware empfiehlt **Hans Lübeck,** Wiedefeldstraße 83/85. Telefon 2378.
Kartoffeln gute gelblich, **Magnum bonum 200 Pfd. 5.50 Mk., 10 Pfd. 40 Pfd. Chr. Breyer, Duxstr. 1—3, (St. Annen.)**

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Zum Pfingstfest!

Herren-Anzüge

9.50 12.— 15.— 17.50 bis 48 Mk.
Knaben- u. Jünglingsanzüge in allen Größen u. Preislagen.

Damen-Paletots- u. Jacketts

3.95 4.80 6.75 bis 40 Mk.
Kinder-Jacketts, Kostümröcke, Waschblusen

Wäsche, Krawatten, Hüte, Mützen, Stöcke, Schirme, Gürtel, Hosenträger.

Johann Dittmer
Drögestraße 12a
Ecke Warendorpsstraße.
RoteLubecamarken od. 4% in bar



„Brennabor und Florett“
Fahrräder.

Viele Arbeiter bezeugen mir, daß sie mit meinen Mädeln am besten und billigsten fahren. Bekannt fufante Bedienung und erleichterte Zahlungsbedingungen. Sämtliche Reparaturen und Ersatzteile. Schriftliche Garantie.

H. A. Hill Nachflgr., Walter Schmidt, Reparatur-Werkstatt, Johannisstraße 9.

Gebrüder Barg Kohlmarkt 5.
Fernspr. 1739.

1. Stock: Grosses Spezial-Lager in fertigen

Herren- und Knaben-Garderoben.

Durch Einführung von Neuheiten bedeutende Vergrößerungen.

Herren-Anzüge
15, 20, 30, 50 Mk. usw.

Herren- und Jünglings-Anzüge
blau Cheviot, in ein- und zweireihiger Form
12, 18, 22, 29, 35 Mk. usw.

Herren-Anzüge
dreihücker Gehrock
39, 47, 55, 59 Mk. usw.

Jünglings-Anzüge
in den modernsten Formen
25, 35, 45 Mk. usw.

Frühjahrs- und Sommer-Paletots
16, 25, 35 Mk. usw.

Buckskin- und gestr. Kammgarn-Herren-Beinkleider
4.50, 6.75, 12, 15 Mk. usw.

Herren- und Jünglings-Buckskin-, Cheviot- und Kammgarn-Jacketts
in allen Größen und Preislagen.

Knaben-Anzüge

sowie Knaben-Blusen, -Beinkleider, -Pyjaks
ferner **Höschchen** mit und ohne Leibchen
in großer Auswahl.

Rote Rabattmarken oder 4 Prozent in bar.

Plettner & Bruhn

Lübecker Granit- und Marmor-Industrie
Falkendamm beim Burgtor.

Billigste Bezugsquelle von Grabsteinen.
Direkter Verkauf an Private.

Bungeibier Speise-Glüh ist anerkannt der beste.

Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Aufforderung.

Herren, welche gewillt sind, sich an dem diesjährigen **Meisterschaftsstemmen** am 18. Juni 1911 zu beteiligen, werden gebeten, sich bis zum 30. Mai, abends 9 Uhr, in den Klublokalen des Athletenklubs, Gr. Burgstraße 11 und Kl. Burgstraße 25 zu melden.

Der Vorstand.

Wetterichs Dampfer nach Waldhalle.

Auf vielfachen Wunsch fährt der Dampfer

Richtung Waldhalle — Sophienstraße

an Sonn- und Feiertagen ab Waldhalle um 1 Uhr mittags
statt um 11 Uhr morgens.

Um Aenderung in den Kursbüchern wird höflich gebeten.

Verband der Maler.

Filiale Lübeck.

26. Stiftungsfest

verbunden mit

Konzert, Preis-schießen und sonstigen Ueberraschungen

am Sonntag, dem 21. Mai 1911,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Beginn des Schießens 11 Uhr morgens.

Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags, des Balles 7 Uhr abends.
Eintritt 50 Pf.

Das Komitee.

Waisen-Hof. Sonntag: TANZ.

Gardinen

Zum Wohnungswechsel zu Vorzugspreisen.

Besondere Vorzüge unserer Gardinen:

Geschmackvolle Muster. Unübertroffene Haltbarkeit

Sichtbare Preiswürdigkeit.

Tüllgardinen weiß Meter 58 45	32 ³ / ₈	Zug-Rouleaus weiß und crème . 2.95 2.35	1 ⁹⁵ / ₈
Engl. Tüllgardinen hochparle Muster 1.25 M. 90 75	68 ³ / ₈	Zug-Rouleaus crème und gold . . . 4.35	3 ³⁵ / ₈
Relief-Tüllgardinen starktändige Garantie- Qualität 1.35	1 ²⁰ / ₈	Roll-Rouleaus weiß und crème 3.50 2.35	1 ⁹⁵ / ₈
Abgepaßte Gardinen . Fenster 5.50 4.80	3 ²⁵ / ₈	Erbstüll-Bettdecke crème, 170-210, für 1 Bett 6.80	5 ⁸⁰ / ₈
in weiß, elfenbein und crème . . . 10.80	7.60 M.	Erbstüll-Bettdecke feine Spachtel-Arbeit für 2 Betten 10.80	7 ⁵⁰ / ₈
Scheiben-Gardinen 58 45	35 ³ / ₈	Erbstüll-Bettdecke mit Volant für 1 Bett für 2 Betten 15.50	11 ⁸⁰ / ₈
Tüll-Borden mit Volant, als Kopfbehänge 80 65	48 ³ / ₈	Halbstores (Erbstüllerarbeit) mit Volant 10.50	6 ⁸⁰ / ₈
Scheiben-Spannstoffe 1.75 1.45	1 ¹⁰ / ₈		
Mulle für Bettdekoration, neue Dessins.			

Messing-Garnituren für Bett- u. Fensterdekorationen, komplett mit Ringen und Trägern,
160 cm breit 4 ⁵⁰/₈ M. 200 cm breit 4 ⁹⁰/₈ M.

Zugstangen für ein- und zweiteilige Vorhänge, komplett mit Ringen, Schnur und Quasten
78 ³/₈ 58 ³/₈

Bettdecken weiß Waffel, Piqué, mit Franze oder gebogt 6.50—1.75 M.

Garten- und Frühstückdecken neue Muster, waschechte Stoffe . . 1.75 1.35 1.10 M. 95 ³/₈

Ein Posten **Filztuch-Garnituren** reich bekurbelt, 3teilige schwere Filzware, Garnitur . . 5 ⁵⁰/₈

Tischdecken rot und grün 4.80 3.50 2.35 1 ⁶⁰/₈

Moderne **Möbel-Kattune** Mr. 75 60 ³/₈

Tischdecken in prima Filz und Tuch 9.50 6.80 5 ⁷⁵/₈

Ein Posten **Steppdecken** doppelseitig prima Satin 6 ⁸⁰/₈

Plüsch-Decken gepreßt, . . 10.80 9 ⁵⁰/₈

Ein Posten **Bettvorleger** 60x120 . . 1 ⁹⁵/₈

Chaiselonguedecken 13.50 11.50 8 ⁷⁵/₈

Läuferstoffe Meter 95 88 . . . 68 ³/₈

Neu eingegangen ein Posten **billige Teppiche** zu 3 Einheitspreisen:
9 ⁸⁰/₈ 13 ⁸⁰/₈ 19 ⁸⁰/₈ M.

Markmann & Meyer

Markthallen-Eingang. LÜBECK. Breitestraße 44-46.



Zweifelsfrei

in Bezug auf Herstellung und reine Qualität sind anerkanntermassen die überall beliebten Margarine-Spezialitäten

Siegerin u. Mohra

Ebenso bekömmlich, nahrhaft und für Küche und Tafel verwendbar wie feinste

Naturbutter

Um Verwechslungen zu vermeiden achte man genau auf Marken und Firma:

A. L. Mohr, G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld



Fahrräder

nur allererstklass. Qualität-Marken,

wie Greiner, Diamant, Hansa- und Reckarsumer Pfeil-Fahr- u. Motorräder nur Modell 1911 zu staunend billigen Preisen. Verlangen Sie im eigenen Interesse Katalog, ich konfirmiere mit jedem Versandhause.

O. Störzner, Lübeck

Hüfstraße 54, Fernspr. 1278.
Größte Reparatur-Werkstatt.
Laufräder, 1 Jahr Garantie, 8.50,
Schläuche 3.50, Karbid-Laternen 2.80, Glöden 0.25 M.

Victoria

FAHRRÄDER

Vertreter:
Heinrich Körner
Lübeck, Gr. Burgstr.

Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages.

VIII.

Auch in der Unfallversicherung wurden selbst die wichtigsten Anträge der Sozialdemokraten im Eiltempo von den Kompromißparteien niedergestimmt.

Betriebe ohne besondere Unfallgefahr kann der Bundesrat für versicherungsfrei erklären.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Bestimmung gestrichen werde, da schließlich in jedem Betriebe Unfälle sich ereignen können.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Unfallversicherung gewährt den Versicherten nur Ansprüche bei den sogenannten Betriebsunfällen, also nur dann, wenn die Unfälle sich im Betrieb oder bei der Tätigkeit ereignen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß Entschädigungen an die Versicherten auch für solche Unfälle gewährt werden, die sich auf dem Wege nach oder von der Arbeitsstätte ereignen.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die sogenannten Kolonnenarbeiter werden in manchen Gegenden nicht als Arbeiter, sondern als Unternehmer in bezug auf die Unfallversicherung behandelt und erhalten infolgedessen bei Unfällen keine Entschädigung.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Entschädigungspflicht auf die Kolonnenarbeiter ausdrücklich festgelegt wird.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß auch Unfall-Entschädigungen für die Folgen der sogenannten gewerblichen Berufskrankheiten gewährt werden, d. h. der Erkrankungen, die durch die Arbeit im Betriebe hervorgerufen oder verschlimmert worden sind.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Versicherungspflichtige Betriebsunternehmer, die keiner besonderen Unfallgefahr ausgesetzt sind, kann der Vorstand der Berufsgenossenschaft für versicherungspflichtig erklären.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Kleinmeister zwar versichert, aber beitragsfrei sein sollten, damit sie, falls sie doch von einem Unfall betroffen werden, nicht ohne die notwendige Unterstützung dastehen.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Unfallentschädigung wird bei Verletzungen erst vom Beginn der 13. Woche nach dem Unfall gewährt.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Unfallentschädigung sofort nach dem Unfall von der Unfallversicherung gewährt werde.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Für die Berechnung der Unfallrente wird nur zwei Drittel des Arbeitsverdienstes des Verletzten zugrunde gelegt.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Unfallrente

nach dem vollen Betrage des Jahresarbeitsverdienstes berechnet wird:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Solange der Verletzte infolge des Unfalles unverschuldet arbeitslos ist, kann die Genossenschaft die Teilrente bis zur Vollrente für die ganze Zeit oder einen Teil der Zeit erhöhen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Vollrente für die ganze Zeit gewährt werden muß.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die besser bezahlten Arbeiter sind doppelt geschädigt. Wenn für sie die Unfallrente festgesetzt werden soll, wird der Jahresarbeitsverdienst nicht nur um $\frac{1}{3}$ gekürzt, sondern es wird auch derjenige Betrag des Arbeitsverdienstes, der 1800 Mk. übersteigt, nur mit $\frac{1}{3}$ angerechnet. Diese schwere Schädigung der verunglückten Arbeiter wollten die Sozialdemokraten gestrichen haben:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß bei Lehrlingen und bei Arbeitern unter 25 Jahren dann, wenn die Rente nach einem geringeren Betrage bemessen worden ist als der Jahresarbeitsverdienst derjenigen Arbeiterkategorie beträgt, in welche der Verunglückte bei regelrechtem Gange aufgerückt wäre, die Rente von 3 zu 3 Jahren zuletzt nach vollendetem 25. Lebensjahre des Verunglückten, entsprechend erhöht wird:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Weiter beantragten die Sozialdemokraten, daß für Rentenempfänger der Jahresarbeitsverdienst, der der Berechnung der Rente zugrunde gelegt worden ist, nach je 10 Jahren in dem Verhältnis erhöht wird, in dem der Durchschnittslohn nach der Aufstellung der Berufsgenossenschaft gestiegen ist. Hiernach soll dann der Betrag der Rente neu festgesetzt werden:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Hinterläßt der Verunglückte eine Witwe oder Kinder, so beträgt die Rente ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes sowohl für die Witwe, als auch für jedes hinterbliebene Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre. Hinterläßt der Verunglückte Verwandte der aufsteigenden Linie, die er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat, so ist ihnen für die Dauer der Bedürftigkeit eine Rente von zusammen ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes zu gewähren. Jedoch dürfen die Renten der Hinterbliebenen zusammen drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Rente für die Witwe auf ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes des Verunglückten erhöht werde:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß die Eltern der Verunglückten die ihnen zustehende Rente unter allen Umständen dann, wenn sie der Unterstützung bedürftig sind, erhalten sollen:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Im weiteren beantragten die Sozialdemokraten, daß den bedürftigen Eltern der Verstorbenen nicht zusammen, sondern jedem von ihnen ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes gewährt werde.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Endlich beantragten die Sozialdemokraten, daß der Höchstbetrag der Rente für die Hinterbliebenen zusammen auf den vollen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes erhöht wird:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit des Unfalles gewöhnlich nicht im Inland aufhalten, haben keinen Anspruch auf Rente.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese ganz ungerichte Behandlung der Ausländer zu streichen:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Hierauf beantragten die Sozialdemokraten, daß diese Ausländer wenigstens durch eine einmalige Zahlung des dreifachen Betrages der Jahresrente abgefunden werden sollen:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Haben Krankenkassen, knappschaftliche Krankenkassen, Erziehungskassen oder Berufsgenossenschaften einen Verletzten in einer Anstalt mit genügenden Heilrichtungen untergebracht, kann die Aufsichtsbehörde ihn zwingen, daß er in eine andere Anstalt sich begibt.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese ganz ungeredtfertigte Belästigung der Verunglückten zu streichen:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Erhöhung oder Wiedergewährung der Rente kann nur für die Zeit nach Anmeldeung des Unfalles verlangt werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß dann, wenn der Verletzte nachweist, daß er nach seinem Zustande schon früher eine höhere Rente hätte haben müssen, ihm die Rente bereits für diese Zeit, längstens aber für 6 Monate vor der Anmeldung des Anspruchs gewährt wird:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Überzeugt sich die Berufsgenossenschaft bei erneuter Prüfung, daß die Unfallentschädigung ganz oder teilweise abgelehnt, entzogen oder eingestellt worden ist, so kann sie die Unterstützung neu festsetzen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß in diesem Fall die Unterstützung neu festgestellt werden muß.

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß die Mittel der Berufsgenossenschaften nicht zur Unterstützung solcher Verbände verwendet werden dürfen, die die Arbeiterversicherung oder die Arbeiterorganisationen bekämpfen, wie z. B. der Zentralverband Deutscher Industrieller.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(60. Fortsetzung.)

In solch verhängnisvollem Augenblick hat ich Gott nur umstillen, er möge Sorge dafür getragen haben, daß der Schweizer auch sicher und gewiß nicht eine einzige Silbe verstand von der Muttersprache dieser mir unbegreiflichen Frau.

Wir gingen bald. Ich schloß vor, es sei die höchste Zeit, unsere Bude zu öffnen. Weinade mußte ich unhöflich werden, um Madame zum Aufbruch zu bewegen. Sie wollte durchaus noch länger verweilen und neue Buchstabenrätzel schmieden.

Auf dem Heimwege bemerkte ich Tränen auf ihren Wangen. Ich wünschte, ich hätte eine Erklärung herbeizuführen, und wollte die Intelligenz des Popfmannes aufschärfen; ich zwang mich vorauszusetzen, Käthchen sei beleidigt durch seine Reue und weinte aus Born. Deshalb fragte ich:

„Wherefore weep you?“

Doch ach, mein Hoffen und Wünschen ward zunichte, da sie erwiderte:

„At mine unworthines, that dare not offer

What I desir to give; and much less take,

What I shall die to want.“

Ich vermüßte in diesem Augenblicke Herrn Jeanet, seine Woge, das Alphabet, meinen Eifer, den ich an den Tag gelegt, Madame zur Betrachtung der kleinen gelben Wunder zu geleiten; vor allen Dingen aber den Fleiß, der mich so rasche Fortschritte in der englischen Sprache machen ließ, die Verse verstehen zu lernen, welche sie zitierte.

„Wo das war der Groß, den sie gegen mich zu hegen schien! Deshalb konnte sie mir niemals gerade ins Gesicht sehen; deshalb vermied sie, wo sie mußte und konnte, meine Nähe! Weil sie sich selbst nicht Kraft genug zutraute und zutrauen durfte, vor mir verborgen zu halten, was ich nicht wissen sollte! So lange hat sie ihr Geheimnis bewahrt, und ich Unglücklicher muß es ans Licht bringen helfen!“

*) „Weshalb weint Ihr?“

**) „Um meinen Unwert, daß ich nicht darf bieten,

Was ich zu geben wünsche; noch viel minder,

Wonach ich tot mich lehnen werde, nehmen.“

Der Sturm. Akt III, Sz. 1.

Sie lacht mit vollster Glut. Ihre äußere Ruhe ist scheinbar erkünstelt. In ihr wagt und wütet eine Welt von widersprechenden Gefühlen.

Wenn man sich's besonnen überlegt, ist's gar nicht so unnatürlich. Herr Blamert, der beste, bravste Mann, den ich kenne, und welcher seine Frau gewiß aufs herzlichste verehrt und achtet, weiß so gar nicht angenehm vor ihr zu erscheinen oder ihr das Leben angenehm zu machen. Er lebt nur seiner Kunst und hat sich gerade jetzt demaßen in die Arbeit vertieft, daß er vor lauter Arbeit schon aussieht, wie wenn er eine Wachsfigur wäre und sich selbst gemacht hätte! Die junge Frau an ihrer Kaffe, zu wohlgezogen, zu stumm, zu schüchtern, um Gefallen zu finden am Geschwätz junger Herren, die sie gar nicht einmal versteht, läßt sich darauf nicht ein, scheucht im Gegenteil jeden, der sich etwa nähern möchte, durch ihre Strenge, mehr noch dadurch zurück, daß sie affektiert, gar kein deutsches Wort zu kennen. Nun hat sie auch keinen weiblichen Umgang, stirbt samt ihrer Lektüre fast vor Überdruß und Langeweile. Jung ist sie. Die kalten puritanischen Formen, in denen sie aufgewachsen, passen nicht zu ihrer gelunden, kräftigen, lebenslustigen Natur. Da hat sich eine Widersechtlichkeit des Gleiches eingestellt. Und ich Sohn des Verderbens bin eben a propos gekommen, die Rebellion zu nähren, ihr zum Vorwand zu dienen.

Ich bin der einzige junge Mann, mit dem sie in Berührung steht, mit dem sie reden kann. — Nun ist das Glend fertig! Ihr, wie gesagt, kann man's nicht so übel nehmen. Der Gatte trägt einen großen Teil der Schuld — ohne seine Schuld.

Ich aber für meine Person wäre ein niederträchtiger Schurke, wenn ich auch nur das geringste unternähme, um des rechtschaffenen Mannes Vertrauen, so er in mich setzt, zu täuschen; ja, es wäre desto schändlicher von mir, weil ich für Käthchen nichts empfinde, weil sie mir gleichgültig ist. Das heißt, — lägen will ich nicht, und am wenigsten vor mir selbst, — sie gefällt mir sehr gut; ich müßte blind sein, wenn mir ein junges, blühendes, schönes Weib nicht gefiele! In gewisser Beziehung ist sie mir also keineswegs gleichgültig. Und hegte ich nicht Achtung und Dankbarkeit für ihren Gemahl, und wäre ich sonst berechtigt, sie für eine leichtsinnige, schon verdorbene Kreatur zu nehmen, so müßte ich ein Tor sein, wollte ich die Gelegenheit unbenutzt lassen. Aber wie die Sachen stehen, und wie ich sie ansehe, bin ich willens, lieber meinen Platz aufzugeben, als durch unwürdige Falschheit ihn zu behaupten. Herr Blamert benimmt sich gegen mich gleich einem väterlichen Freunde. Wer unter der Larve der Freundschaft einen vertrauensvollen Chemann zu

betzügen sucht, ist in meinen Augen schlimmer wie Räuber und Mörder.

Sobald Madame mir noch einmal zu verstehen gibt, daß sie geliebt sein möchte, und daß sie mich liebt, werde ich deutsch mit ihr reden; — das heißt auf englisch.

Dreihundvierzigstes Kapitel.

Gute Vorsätze, wie ein edles Herz sie faßt, mit klaren Vernunftgründen unterstützt, mit Festigkeit bewahrt, sind nicht so leicht umzusetzen. Sogar dem Sturm der Leidenschaft vermögen sie standzuhalten, wenn er heftig tobt, und wenn er eben durch seine Festigkeit den redlich Gesinnten ermahnt, alle Kunst seines Willens dagegen aufzubieten.

Gefährlicher erscheint mir die Lage desjenigen, der einerseits an seine Gefahr glaubt, weil er neben der Absicht, einer jeden zu trotzen, auch die Fähigkeit dazu in sich voraussetzt; der aber andererseits durch Jugend, heißes Blut, lebhaftes Phantasie beunruhigt, täglich und stündlich verlockt wird, mit der Gefahr zu spielen. Er lernt sie endlich gering schätzen. Wer seinen Gegner gering schätzt, kann schon für halb besiegt gelten, — wenn nur der Feind irgend danach ist.

Die Aufgabe, welche dieses Buch sich gestellt hat, ist noch ausgebeutet; wir haben noch vielerlei zu erzählen, wollen wir glücklich ans Ende gelangen; müssen folglich mit dem Raume sparsam umgehen. Deshalb haben wir die umständlichen Auszüge aus Antons Tagebuch abgebrochen und ergreifen wieder die Fäden der Erzählung, die nächsten Ergebnisse in berichtender Kürze zusammenzufassen.

Wir begnügen uns, die Reisenden über Frankreichs Grenzen ins Innere jenes Landes eiligt zu geleiten, und setzen uns mit ihnen für einige Wochen in Ruhe, in einer Stadt auf der großen Straße nach Paris, deren Namen Antons Journal nicht angibt. Dort erst scheint der Wille seine nun vollendete, sehr gelungene Gruppe aus Delfo den übrigen Bildwerken anzureicht und dieselbe dem öffentlichen Urteile überantwortet zu haben. Er vernimmt Lobeserhebungen, die ihn für Paris das beste hoffen lassen, und befindet sich in jener glückseligen Künstlerstimmung, welche nach vollbrachter Ausführung, nach glücklich vollendetem Werk und vor Beginn eines neu auszuführenden Planes heitere Zuversicht über die Lage der Erholung verbreitet. Diese Stimmung trug sich auch über auf sein Benehmen gegen Käthchen, für welche er nun auf einmal die zärtliche Aufmerksamkeit an den Tag legte. Auf Käthchen jedoch übte solch' plötzlicher Wechsel keinen günstigen Einfluß. (Fortsetzung folgt.)

In den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung liegt die Leitung ganz in den Händen der Arbeitgeber.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Vorstand zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeitgeber und zu einem Drittel aus Vertretern der Versicherten bestehen soll:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Für die Durchführung der Unfallverhütung sind wiederum fast ausschließlich die Unternehmer maßgebend.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Unfallverhütung durchgeführt werden soll durch einen Unfallverhütungsausschuß, der wiederum aus Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten besteht:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten weiter, daß ein Abdruck der für den einzelnen Betrieb oder Betriebsteil geltenden Unfallverhütungsvorschriften jedem Arbeiter auf Verlangen ausgehändigt werden muß.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten wollten die Berufsgenossenschaften zwingen, mindestens soviel technische Aufsichtsbeamte anzustellen, daß jeder in der Genossenschaft versicherte Betrieb jährlich einmal besichtigt wird.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß von den technischen Aufsichtsbeamten mindestens ein Viertel in dem Gewerbebezirk, dem die versicherten Betriebe angehören, als Arbeiter beschäftigt gewesen sein muß.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Endlich wollten die Sozialdemokraten das Reichsversicherungsamt verpflichten, dafür zu sorgen, daß die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten in zweckmäßiger Weise veröffentlicht werden.

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Selbst die christlichen Arbeitersekretäre halfen mit, die Anträge der Sozialdemokraten, die eine Verbesserung der Unfallverhütung bezweckten, niederzustimmen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 19. Mai 1911.

179. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung der

Reichsversicherungsordnung.

Die Beratung beginnt beim Abschnitt

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

§ 1212 bestimmt den Kreis der Versicherungspflichtigen. Voraussetzungen der Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Werkmeister, Handlungsgehilfen, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Schiffer ist, daß ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 Mk. nicht übersteigt.

Dr. Wotthoff (Fp.) beantragt, die Gehaltsgrenze von 2000 Mk. zu streichen oder auf 5000 Mk. zu erhöhen. Das entspricht einem dringenden Wunsch der Privatbeamten.

Sch (Soz.): Wir stimmen für den Antrag, den wir selbst nur wegen seiner offenen Ausdruckslosigkeit nicht wiederholt haben. Die Verrücktheit der Privatbeamten auf die Herabsetzung ist eine Komödie. Will man wirklich etwas für sie tun, so ist hier beim § 1212 Gelegenheit dazu gegeben. Wir beantragen ferner die Invalidenversicherung schon mit dem vollendeten 14. Lebensjahr beginnen zu lassen, sowie Aufnahme der Hausgewerbetreibenden in die Versicherung. Daß man den Leuten wieder nicht das oft gegebene Versprechen gehalten hat, ist eine Bekräftigung des Wortes des Grafen Posadowski, daß in unserer Sozialpolitik ein großes Stück

Komödie und Heuchelei

steckt. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.)

Dr. Stresemann (Natl.): Die Privatbeamtenversicherung wird besser in einem besonderen Gesetz gemacht.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Privatbeamtenversicherung wird dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen.

Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt.

§ 1213 läßt die Beschäftigung versicherungsfrei, für die als Entgelt nur freier Unterhalt gewährt wird.

Ein vom Abgeordneten Vulsch (Soz.), der auf die Beschäftigung hinweist, die aus dieser Bestimmung für viele Personen entsteht, begründeter Antrag auf Streichung des § 1213 ist abgelehnt.

Ebenso wird abgelehnt der vom Abgeordneten Mollenhuth (Soz.) mit dem Hinweis auf die auf Grund dieser Bestimmung den Eisen- und Kohlenzweigen erwachsene Schädigung gestellte Antrag, den § 1213 zu streichen, der den Bundesrat bevollmächtigt zu bestimmen, inwieweit vorübergehende Dienstleistungen versicherungsfrei bleiben.

§ 1220 läßt versicherungsfrei die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, die Anwartschaft auf Ruhegeld im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse haben.

Wotthoff (Fp.) beantragt, die Worte nach den Sätzen der ersten Lohnklasse zu streichen. Die erste Lohnklasse entspricht einem Jahreseinkommen von nur 350 Mk. Am besten wäre es, die Versicherungsfreiheit dieser Kategorien ganz zu streichen.

Mollenhuth (Soz.) befürwortet den Antrag, der so dann abgelehnt wird.

§ 1223a läßt versicherungsfrei die Personen, die nach dem Hochschulunterricht in einer Stellung beschäftigt werden, die nur den Übergang zu einer späteren versicherungsfreien Beschäftigung bietet.

Wotthoff (Fp.) beantragt Streichung dieses Paragraphen, der nur den zünftlichen Wünschen der Diplomingenieure entgegenkommt. Es liegt gar keine Veranlassung vor, den Akademikerbünde zu begünstigen.

Dr. Wugdan (Fp.) polemisiert unter dem Beifall der Mehrheit gegen seinen Fraktionsgenossen Wotthoff. Wenn Leute nicht verächtelt sein wollen, soll man ihnen die Versicherung nicht aufzwingen.

Der Antrag Wotthoff wird gegen Sozialdemokraten und einige Freiwilrige abgelehnt.

§ 1229 enthält die 5 Lohnklassen (Klasse I bis 500 Mk., Klasse II bis 550 Mk., Klasse III bis 600 Mk., Klasse IV bis 1150 Mk. und Klasse V über 1150 Mk.)

Mollenhuth (Soz.): Wir beantragen zwar die vier ersten Lohnklassen so zu bemessen, wie der Regierungsentwurf und die Kommissionsfassung es vorschlägt, aber die fünfte Klasse bis 1550 Mk. zu erstrecken und drei weitere Klassen hinzuzufügen. Es ist nicht wahr, daß unserem Antrag unüberwindliche finanzielle Schwierigkeiten gegenüberstehen. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. Wotthoff (Fp.) beantragt namens eines Teils seiner Fraktion zwei neue Lohnklassen zu schaffen. Beide Anträge werden abgelehnt.

§ 1231 bestimmt, daß als Jahresverdienst der 300fachen Betrag des Ortslohnes zu gelten hat, soweit das Oberverpflichtungsamt für einzelne Berufszweige nichts anderes bestimmt.

Vulsch (Soz.) begründet einen Antrag statt des Ortslohnes den 300fachen Betrag des durchschnittlichen Tagesverdienstes zu setzen. Die Bestimmung der Vorlage kommt lediglich dem Großgrundbesitzer zugute; ihn hat man an keiner Stelle zu berücksichtigen vergessen. Man könnte das Gesetz geradezu nennen Gesetz zur

Begünstigung des Großgrundbesitzes.

(Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 1235 bestimmt Renten, Witwengeld und Waienaussteuer als Gegenstand der Versicherung.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will zuzufügen: „und Krankenpflege“.

Ziehlisch (Soz.): Es ist gar keine Frage, daß der Invalidenrentner aus seiner karglichen Rente die Arzt- und Arzneikosten nicht selbst bezahlen kann; deshalb sollte das Gesetz für ihn sorgen und ihn nicht an die Armenpflege verweisen. Das Gesetz hat soviel Lücken, daß es nur ein

Sammelfurium verpaßter Gelegenheiten

ist. Vermehren Sie diese verpaßten Gelegenheiten nicht noch um eine und nehmen Sie unseren Antrag an. (Bravo! b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 1240 verlangt ein Antrag Albrecht (Soz.), daß jemand erst als Invalide gilt, wenn er nicht mehr die Hälfte (statt ein Drittel, wie die Vorlage will) dessen erwerben kann, was gesunde Personen zu erwerben pflegen.

Vulsch (Soz.): Die Annahme unseres Antrages würde ja zweifellos eine Beitragserhöhung notwendig machen; der Antrag liegt aber so sehr im Interesse der invaliden Arbeiter, daß wir für diese Erhöhung der Beiträge die Verantwortung übernehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sachse (Soz.): Unser Antrag liegt besonders auch im Interesse der halbinvaliden Bergarbeiter, die in anderen Versuchen eine Beschäftigung nicht finden können. Deshalb bitte ich, ihn anzunehmen.

Der Antrag wird abgelehnt.

§ 1242 legt das 70. Lebensjahr als Grenze für das Recht zum Bezug von Altersrente fest.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) und ebenso ein Antrag Alblach (Fp.) will statt des 70. das 65. Lebensjahr setzen.

Dr. Wugdan (Fp.): Einstimmig hat der Reichstag früher die Forderung der Herabsetzung der Altersgrenze erhoben. Die Mehrbelastung für die Industrie würde 10 Proz. betragen, wovon die Arbeiter die Hälfte tragen, so daß für die Arbeitgeber nur eine Mehrbelastung von 5 Proz. übrig bleibt. Das Reich würde 9 Millionen mehr zu zahlen haben und diese könnten leicht durch die Erbanfallsteuer aufgebracht werden. (Zurufe rechts.) Die Erbanfallsteuer würde sogar noch mehr bringen, so daß wir auch Mittel für erhöhten Kinder- und Wöchnerinnenschutz hätten. (Lebhaftes Bravo! links.)

Faber (Soz.): Die Gelegenheit zur Herabsetzung der Altersgrenze sollte man bei der Reform, die durch die Reichsversicherungsordnung durchgeführt werden soll, nicht veräumen.

Sinen solchen Wortbruch

würden die Wähler nicht verstehen. (Zust. b. d. Soz.) Die Kommission hat dem „Nein“ der Regierung nachgegeben, aber die Regierung hat oft schon zuerst nein gesagt und sich dann doch gefügt. An den paar Millionen darf man diese notwendige Reform nicht scheitern lassen. Eigentlich müßte die Altersgrenze auf 60 Jahre herabgesetzt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir bescheiden uns mit der Forderung, sie auf das 65. Jahr herabzusetzen, um Ihnen die Zustimmung zu erleichtern, und wir verlangen namentliche Abstimmung darüber, um zu wissen, wer hier

sein Wort gegen die Armen und Ärmsten nicht einlösen will. (Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär Delbrück: Gegenüber den zahlreichen Wobstäten, welche die Reichsversicherungsordnung bringt, halten wir die Herabsetzung der Altersgrenze nicht für so dringend (Hört, hört! links.); der industrielle Arbeiter bekommt immer mehr die höhere Invalidenrente, lange bevor er in den Genuss der Altersgrenze kommt. Der Reichszuschuß würde durch die Herabsetzung der Altersgrenze jährlich um 885 Millionen Mark wachsen. (Zuruf b. d. Soz.: Das ist was Rechtes!) Nun, das macht für das Reich schon was aus, wie Ihnen mein Kollege vom Reichschatzamt noch auseinanderlegen wird. Dazu kommen noch 45 Millionen, die die Unternehmer mehr aufzubringen hätten, und die bereits mit 108 Millionen mehr gegen früher durch die Reichsversicherungsordnung haben ihre Zustimmung zu der Vorlage davon abhängig gemacht, daß keine Mehrbelastung gegenüber dem Entwurf beschloffen würde. Trotzdem habe ich der Zustimmung für Invaliden mit Kindern unter 15 Jahren zugestimmt, die für die Arbeiter mehr bedeutet, als die Herabsetzung der Altersgrenze. (Lebh. Zustimmung rechts und im Zentrum.) Und ich hoffe, für dieses Zugeständnis die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu erlangen. Nach der Einbringung dieses Antrages habe ich dem Reichskanzler noch einmal Vortrag gehalten und habe daraufhin zu erklären, daß durch die Annahme der Herabsetzung der Altersgrenze für die verbündeten Regierungen die Reichsversicherungsordnung

unaannehmbare

würde. (Lebh. Hört, hört! links.)

Reichschatzsekretär Wermuth: Die Annahme des Antrages würde nicht vereinbar sein mit dem Wirtschaftsprogramm, das die Regierung im Verein mit den führenden Parteien aufgestellt hat. (Lebh. Zustimmung rechts.) Das Reich kann diese 9 Millionen Mark mehr nicht tragen. (Lachen links.) Die Mehrbelastung durch die Reichsversicherungsordnung stellt einen

Kapitalwert von 3 Milliarden Mark

dar. (Lachen links.) Die Herren von der äußersten Linken werden sagen, der Moloch Militarismus verbraucht alles, für die Sozialpolitik bleibt nichts übrig. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nein, das ist nicht richtig, die Ausgaben für die Sozialpolitik übersteigen die für das Heer. (Zust. rechts.) Und die Sozialpolitik muß auf die Leistungsfähigkeit des Reiches Rücksicht nehmen. Durch die Annahme des Antrages werden wir in die kaum überwundene Finanzkrise zurückkommen. (Lebh. Beifall rechts.)

Schäfer (N.): Angesichts der gegenwärtigen Lage müssen wir den Wunsch auf Herabsetzung der Altersgrenze zurückstellen. Die Herren von der äußersten Linken wollen dadurch die Reichsversicherungsordnung

zum Scheitern bringen.

und sich zugleich ein volksfreundliches Ansehen geben. (Lebhaftes Zwischenruf links.) Aber wir lassen uns nicht durch Wahrheitslügen leiten, sondern treiben sachliche Politik. (Gr. Beifall links; Bravo! rechts.)

Dr. Stresemann (Natl.): Die Herabsetzung der Altersgrenze belastet nicht unerheblich gerade den Mittelstand. Die Mehrheit meiner Freunde wird ihr trotzdem zustimmen. Uns leiten dabei sachliche Gründe. Die Kapitalwertrechnung des Schatzsekretärs muß ich zurückweisen. Was würde er wohl sagen, wenn ich ausführte, ein Minister löst uns ein Kapital von einer Million. (Beifall.) Es handelt sich eben um rund 9 Millionen mehr für das Reich und wenn deshalb neue Steuern notwendig wären, würde mir ihre Bewilligung für eine selbstverständliche Pflicht halten. Uns ist die Erledigung dieser Frage Herzenssache und gegenüber einem einmütigen Mehrheitsbeschlusse des Reichstages würde die Regierung die Zustimmung sicher nicht verweigern. (Bravo! links.)

Ministerialdirektor Caspar befreit, oftmals von kühnster Widerstand unterbrochen, die finanzielle Ausfühbarkeit der Herabsetzung der Altersgrenze.

Becker-Arnsherg (Z.): Die christlich-nationalen Arbeiterschaft wünscht ganz gewiß die Herabsetzung der Altersgrenze; sie ist aber einstimmig — ausschließlich der Parteigenossen des Abg. Stresemann — der Ansicht, daß wenn Herabsetzung der Altersgrenze und Kinderrente gleichzeitig zu erreichen sind, die Kinderrente vorzuziehen ist. Wenn gleichzeitig beiden Hasen nachgelaufen wird, besteht Gefahr, daß man keinen Hasen in die Küche bringt. Es ist weit dringender Invaliden in den mittleren Jahren, die vielleicht eine große Kinderschar haben, durch Kinderzuschüsse zu unterstützen, als den 65jährigen, die noch keine Invaliden sind, eine Altersrente zu gewähren. — Herr Dr. Stresemann hat nun Steuern in Anregung gebracht, wo steht es mit der Dividendensteuer? (Sehr gut! im Zentr.)

Der Bund der Industriellen, dem Herr Dr. Stresemann sehr nahe steht, hat sich entschieden gegen jede weitere Belastung der Industrie ausgesprochen. Warum macht Herr Dr. Stresemann nicht dort Stimmung für die Herabsetzung der Altersgrenze? Dort findet er gewiß jubelnden Beifall. (Sturm. Hört.) Und dann werden ja auch die verbündeten Regierungen wohl nichts mehr dagegen haben, denn sie werden nicht industriefremdlicher sein wollen, als die Industrie selbst. In der Kommission hat nur ein einziger Freiwilriger für die Herabsetzung der Altersgrenze gestimmt. (Hört, hört!) Wem interessiert, der erkundigt sich vielleicht bei Herrn Voormann privatim nach dem Namen. (Großes Geister.) Man muß politisches Augenmaß besitzen und nicht um des Unerreichbaren halber das Erreichbare gefährden. So hält man es auch im gewerkschaftlichen Kampfe.

Präsident Graf Schönerer bittet den Redner, nicht zu weit abzusprechen.

Becker-Arnsherg (fortfahrend): Angesichts des unbedingten Nein! der verbündeten Regierungen ist die Herabsetzung der Altersgrenze unerreichbar. Darum stimmen wir für die Kommissionsbeschlüsse. (Ironisches Bravo! bei den Sozialdem.) Diejenigen aber, die trotzdem auf dieser Herabsetzung bestehen, setzen sich dem Verdacht aus, unsachliche parteipolitische Tendenzen damit zu verfolgen. (Lebh. anh. Beifall b. d. Konf. und i. Z.)

Mollenhuth (Soz.): Wenn ich der Rede des Abg. Becker bedeutenden Wert beilegen würde, könnte ich die Gelegenheit benutzen, die widerspruchsvolle Haltung des Zentrums zu beleuchten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich ziehe es aber vor, mich mit der Haltung der verbündeten Regierungen zu beschäftigen. Die Regierungsvorläufer haben für ihre Ablehnung Gründe angeführt, die mit dem Inhalt der ganzen Vorlage im Widerspruch stehen und erwecken damit den Verdacht, daß sie die Vorlage in ihren Einzelheiten nicht kennen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ganz eigenartig und ja auch schon von anderen Rednern zerpfückt ist das Verfahren mit der Kapitalisation der erwachsenen Mehrkosten. Persönlich bin ich durchaus der Meinung, daß die Frage der Altersgrenze von verhältnismäßig geringer Bedeutung wäre, wenn wirklich jeder Invalide eine Invalidenrente bezöge. Das ist aber keineswegs der Fall. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Durch bürgerliche Blätter ging neulich eine Notiz, wonach ein Blinder irgendwo in einer Gemeinde mit allerlei Dienstleistungen beschäftigt wurde. U. a. besorgte er mit Hilfe seiner Tochter Nachwächterdienste. Der Mann bezieht insgesamt über 300 Mk., allerdings mit Zuhilfenahme seiner Tochter, und so behauptet man, er sei nicht Invalide. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß jeder Invalide wirklich Invalidenrente bezieht. Umso nötiger ist die Herabsetzung der Altersgrenze. Sicher ist dafür auch die große Majorität der Arbeiterschaft, auch der katholischen Arbeiterschaft. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Freiherr v. Gamp-Masson (Fp.) lobt die „verständige“ Rede Beckers und erklärt, er sei mit seinem Herzen für die Herabsetzung der Altersgrenze, die harte Notwendigkeit verbiete ihm aber dem Zuge seines Herzens zu folgen.

Dr. Wotthoff (Fortschr. Fp.): Der Wert der Rede des Herrn Becker wird durch das Lob des Abg. Gamp genügend gekennzeichnet. Auf Arbeiterführer vom Schlage des Herrn Becker ist kein Verlaß. (Sehr wahr! links.) Gerade, weil die Reichsversicherungsordnung zwischen der zweiten und dritten Kommissionslesung so unendlich verschlechtert worden ist, muß darauf bestanden werden, daß wenigstens die Herabsetzung der Altersgrenze erreicht wird. Das Unannehmbar der Regierung braucht den Reichstag nicht zu erschrecken. Auch in Sachen der Heizerzulage hat die Regierung vernünftigerweise nachgegeben. (Bravo! links.)

Vulsch (Antif.) spricht sich für die Herabsetzung der Altersgrenze aus.

Gothlein (Fp.): Der Bezug der Altersrente befreit nicht, wie der der Invalidenrente von der Beitragspflicht; die Behauptung, daß die Herabsetzung der Altersgrenze auch ein Minus an Einnahmen gibt, ist also falsch. Die Heeresausgaben kapitalisiert, würden 48 Milliarden ausmachen, da steht man erst, wie verschwindend die Ausgaben für die Sozialpolitik sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Dr. Arnung (Natl.) erklärt sich vom ärztlichen Standpunkt für die Herabsetzung der Altersgrenze.

Dr. Südekum (Soz.): Das Unannehmbar der Regierung ist nur ein Bluff, an den niemand glaubt. (Sehr richtig! links.) Was will sie denn machen, den Reichstag auflösen? (Sehr gut! links.) Die Herren Gamp, Trendelenburg, die früher den Antrag unterzeichnet haben, wollen die einzige Gelegenheit, die Forderung zu verwirklichen, vorbeilassen; das wirft auf die Motive, aus denen diese Herren Anträge stellen, ein eigentümliches Licht. (Sehr gut! links.) Die Lasten müssen auch heute aufgebracht werden, denn die Leute werden entweder von ihrer Familie, oder durch die Armenpflege unterstützt; diese Lasten auf die leistungsfähigen Schultern zu übernehmen, verhindert das Zentrum unter der Führung des Herrn Becker, der sich Arbeitervertreter nennt. Herr Becker erinnert mich an den Helden, der sagt, ich flieh' um öfter noch zu streiten, der aber in Wirklichkeit flieht, um öfter

nach zu fliehen. (Heterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Debrück wiederholt sein Unannehmbar. Gibt die Regierung in diesem Punkte nach, verlangt man von ihr auch ein Nachgeben in anderen Punkten. (Stürm. Zurufe b. d. Natl.; Nein, nein!)

Giesberts (Z.): In der Herabsetzung der Altersgrenze wollen wir das große Reformwerk nicht scheitern lassen. (Bravo! im Str.)

Staatssekretär Dr. Debrück spricht zum drittenmal sein Unannehmbar aus.

In namentlicher Abstimmung werden die Anträge auf Herabsetzung der Altersgrenze mit 160 gegen 146 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Ein gutes Duzend Nationalliberale stimmt unter Entzückungskreufen der Opposition mit der Mehrheit.)

§ 1242 wird angenommen, worauf das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Schluss 7 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Berliner Bäcker-Zunungen wollen den Streik!
Die 17 Bäcker-Zunungsvorstände, die zu einem „Zweckverbande“ vereinigt sind — die Hauptinkünfte dieses Zweckverbandes stammen vom Hefenindikat (1/2 Pf. für das Pfund Hefe) — haben die Ablehnung des Schiedspruchs durchgesetzt, den das Einigungsamt des Berliner Gewerbergerichts fällte. Für den Schiedspruch war eine ziemlich starke Minderheit vorhanden. Um ihrem Beschlusse Nachdruck zu geben, hatten sich die Herren bereits vorher verpflichtet, event. mit der Niederlegung ihrer Ämter zu drohen. Bei der Ablehnung des Schiedspruchs haben einzelne Herren unmittelbar das Gegenteil von dem vorgebracht, was sie in den Verhandlungen zur Begründung ihrer Stellungnahme ausführten. Im übrigen hat jeder einzelne Obermeister seine besonderen Gründe für die Ablehnung gehabt. Es kam ihnen auch nicht darauf an, dabei mit Unwahrheiten zu operieren. Die Herren fühlten die Schwäche ihrer Stellung und versuchten eine schlechte Sache mit noch schlechteren Gründen zu verteidigen. Das Gefühl der Unsicherheit hat die Herren auch sofort wieder zu jenen bekannten Mitteln greifen lassen, die auf eine Täuschung des Publikums berechnet sind. Es soll jetzt ein Tarif mit den Gelben abgeschlossen werden. Diese Zunungsliebhaber, die auf Bestellung Tarife einreichen, auf Befehl den Schiedspruch ablehnen, sind trotz ihrer geringen Zahl, die es nicht einmal bis auf 8 Stellen bringt, in der Zeit der Not willkommene Zunungshelfer zur Täuschung der Öffentlichkeit. Viel ist mit solchen Schachzügen den Zunungsherren nicht gebüht; selbst Zunungsmittglieder haben sie als lächerlichen und blamablen Humbug bezeichnet. Auch das „Bäckerbot“ für die Zeit vom Sonntag zum Montag, das während der Verhandlungen selbst von den Zunungsführern „totgeschlagen“ wurde, weil es aus fachtechnischen und aus allgemein beruflichen Gründen völlig undurchführbar ist, wird schleunigst zu neuem Leben erweckt. Nach einer Meldung der bürgerlichen Presse hat man es in wenigen Tagen als besondere Polizeiverordnung zu erwarten. Die bürgerliche Presse wartet mit einander widersprechenden Meldungen auf. Die Widersprüche erklären sich daraus, daß im Zunungslager ein heilloses Durcheinander herrscht und jeder Zunungsgewaltige eine andere Meinung hat. In diesem allgemeinen Wirrwarr hat auch der Präsident des Germania-Verbandes deutscher Bäcker-Zunungen, Bernard, dem „Lokal-Anzeiger“ mitgeteilt, der Streik werde wohl von den Gesellen erklärt werden, aber nicht von langer Dauer sein, da die Gesellschaft kein Geld habe. Das habe sich in Hamburg gezeigt, wo schon nach 3 Tagen die Kasse leer gewesen sei. Bernard möchte wissen, daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entspricht; aber da es im Zunungslager an besseren Gründen fehlt, greift man dort zu solchen Mitteln. Die Zunungen hatten — das ergibt sich mit voller Klarheit aus allen Begleitumständen — gar nicht die ehrliche Absicht, den tariflichen Frieden herbeizuführen. Ihnen kam es nur auf die Verschleppung des Kampfes an, um Mißtrauen und Mißmut in die Reihen der Gesellschaft und Verunsicherung in die der Meißnergesellschaft zu tragen. Wenn das Ansehen der Bäckerinnungen bisher schon nicht groß war, hat die Tarifkommission nur dazu beigetragen, auch den letzten Rest von Ansehen zu vernichten. — Das Lohngebiet umfaßt etwa 3100 Bäckereien mit 7000 Gehilfen. Die einzige Organisation, der Zentralverband der Bäcker und Konditoren, zählt in Berlin etwa 3000 Mitglieder, von denen 4400 in Bäckereien beschäftigt sind. Bürgerliche Zeitungen melden, daß etwa 1000 Gelbe zur Verfügung ständen. Diese Zahl ist nicht anders als eine maßlose Übertreibung. Wann der Streik ausbricht, ist noch nicht bestimmt, da die Vertrauensmännerversammlung noch zu entscheiden hat. Die Arbeitsniederlegung kann aber jeden Tag erfolgen. Schon jetzt ist darauf zu achten, ob sich das Umweifen der Streikführeragenten bemerkbar machen wird.

Unternehmer-Rückständigkeit. Die Firma Bauch und Co., Steinbrüche und Basaltwerke in Weimar hat ihre gesamten 300 Arbeiter entlassen, weil diese es abgelehnt hatten, eine Arbeitsordnung unter schriftlich anzuerkennen, die entgegen den Vorschriften der Gewerbeordnung von den Unternehmern einfach dekretiert worden war. Die Firma hatte erst vor wenigen Monaten ihre gesamte Belegschaft auf Plaster geworfen, weil die Arbeiter die Wiederanstellung eines gemäßigten Vertrauensmannes verlangt hatten. Damals mußte sie ihre Rückständigkeit mit einer Lohnerhöhung bezahlen.

Halleische Polizeipraxis. Obwohl die Polizeiverwaltung in Halle in den beiden Vorjahren Umzüge aus Anlaß der Gewerkschaftsfeste erlaubt hat, wenn auch nur für die Straßen an der Beripferle der Stadt, hat sie die Genehmigung für den Umzug am 9. Juli zum Gewerkschaftsfeste in diesem Jahre versagt. Diese Polizeimaßregel beruht um so feltamer, als selbst das polizeiamtliche Blatt, der General-Anzeiger, den ordnungsgemäßen Verlauf eines der in den Vorjahren genehmigten Gewerkschaftsfest-Umzüge lobend anerkannt hat. In der Begründung des Verbots heißt es im schärfsten Widerspruch zu den Ausführungen des Polizeiblattes, daß die Gefährdung des Verkehrs zugleich eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit besorgen lasse. Zum Schlusse werden auch wieder die Großstadtelemente zitiert, „die zu Skandalen und Widersprechlichkeiten neigen.“ Die Polizei gibt vor, wegen der vorhandenen räumlich-menschlichen Elemente nicht die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und den Schutz des Rechtsfriedens der Allgemeinheit übernehmen zu können. Die Wendung von dem demonstrativen Charakter des Zuges, die noch dazu dienen mußte, das Verbot des Meißnerzuges zu „begründen“, fehlt in dem Verbot des Gewerkschaftsfestzuges.

Zum Streik im Braunkohlenbergbau. Mit den vorwiegendsten Mitteln versuchen die Unternehmer, Erfolg für die im Streik stehenden Arbeiter zu bekommen. Werbeagenten sind im In- und Auslande tätig. Diese erzählen bei ihrer Werbetätigkeit den Leuten selbstverständlich nicht, daß sie als Streikbrecher tätig sein sollen. So wurden in Österreich Leute für bestreikte Gruben geworben, die in Tuch- und Glasfabriken beschäftigt werden sollten. Doch nicht lange

hatte die Grubenverwaltung an den Tuch- und Glasmachern Freude; sie gingen bald zu den Streikenden über. Auf der Grube „Neuforge“ waren 12 Mann aus Österreich-Polen beschäftigt. Die Grubenverwaltung war um das Seelenheil der Leute besorgt, und bestellte den katholischen Geistlichen von Zeitz, der mit ihnen beten sollte. Nach der Verrichtung des Gebets wurde versucht, auch diese Leute gegen ihre streikenden Kameraden zu beeinflussen. In Zeitzig hatten Agenten 50 Mann aus allen Herbergen zusammengedrängt, um sie nach dem Altenburger Streikbrecher zu bringen. Die Fahrt sollte per Automobil zurückgelegt werden. Die Angeworbenen waren inzwischen darüber unterrichtet worden, daß sie als Streikbrecher verwendet werden sollten. Und so waren nur sechs Mann zur Abfahrt bereit. Aber auch diese sind nur mitgefahren, um einmal eine Automobilfahrt zu machen. Im Streikbrecher angekommen, sagten sie ihren Gönnern ade! Inzwischen ist die Werks-„Wohlfahrt“ ins rechte Licht gerückt worden. Das Schöffengericht in Zeitz hat nämlich auf eine Klage der Grubenverwaltung entschieden, daß die im Streik stehenden aus den Wohnungen der Werke herausmüssen; aber auch dieses Mittel verfehlt seinen Zweck. Die in einigen Betrieben stehenden gebliebenen Arbeitswilligen haben jetzt ihre besondere Lohnbewegung. Sie machen das Weiterarbeiten von der Bewilligung einiger Forderungen abhängig. Näher bekannt sind uns die gestellten Bedingungen nicht. Wieder andere haben sich den Streikenden angeschlossen. Es melden sich jeden Tag noch Leute auf den Streikbureau, die bisher weiter gearbeitet haben. Die Zahl der Streikenden ist jetzt höher als in den ersten Tagen des Streiks. Von den Werksherren werden 5825 Streikende angegeben. Diese Zahl dürfte stimmen. Bemerkenswert ist, daß die eigentlichen Bergarbeiter sind. Ohne diese sind die Werke nicht in der Lage, produzieren zu können. Kohlen- und Britenmangel macht sich daher bereits schon bemerkbar.

Die Lohnbewegung der Maschinen- und Heizer bei der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrts-Gesellschaft konnte mit Erfolg beendet werden. In den Verhandlungen mit der Direktion der Düsseldorfer Gesellschaft wurde eine Einigung für das Personal der Düsseldorfer Boote erzielt. Es kam ein dreijähriger Tarifvertrag zustande. Die zweiten Maschinen bekommen eine Lohnerhöhung von 3 Mk. pro Woche, die Heizer 4 Mk., in den nächsten zwei Jahren abermals je 50 Pf. Die bisher gezahlten Sommerzulagen von 2 Mk. bleiben bestehen. Die Arbeitszeit im Hafen ist auf 9 1/2 Stunden festgelegt, Sonnabend auf 8 1/2 Stunden. Der Arbeitsnachweis des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer ist anerkannt.

Der Ausstand der Schuhmacher in Groß-Stuttgart dauert unverändert fort. Ein vor kurzem gemachter Versuch, Unterhandlungen anzubahnen, scheiterte an dem unerfüllbaren Verlangen der Meister und der Christlichen, es müßte in der Kommission der Ausständigen unbedingt ein Vertreter der christlichen Organisation sein. Wie unberechtigt dieses Verlangen ist, geht daraus hervor, daß die Christlichen mit den Meistern einen Tarif vereinbarten, den sie als „großen Erfolg“ feiern, daß die Christlichen als Arbeitswillige weiter arbeiten und mit allen Mitteln versuchen, von auswärtigen Streikbrechern heranzuziehen, mit einem Worte, daß sie alles tun, um die Lohnbewegung zunichte zu machen. In ihrer Presse schreiben sie, daß für die Christlichen in Stuttgart kein Streik bestehe. Trotz alledem aber verlangen sie, daß bei den Unterhandlungen zur Beilegung des Streiks, der doch für sie garnicht besteht, ein Vertreter der Christlichen dabei sein muß. Nehmen wir an, es käme im Beisein des christlichen Vertreters zu Unterhandlungen und sie führten zu keiner Einigung. Was dann? Die Christlichen würden ruhig weiterarbeiten, weiter verkaufen, Streikbrecher heranzuziehen, weiter behaupten, in Stuttgart bestehe kein Streik, während die Schuhmacher vom Zentralverband weiter kämpfen müßten. Daher ist ihr Verlangen blühender Unsinn. Zuzug von Schuhmachern nach Stuttgart ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Soldatenschinder. Wegen einer Anzahl Mißhandlungen und Quälereien hatte sich vor dem Kriegesgericht in Dresden der Sergeant Glaser von der 1. Kompanie des 13. Jägerbataillons zu verantworten. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte ist wegen einer ähnlichen Straftat bereits vorbestraft. Die unter Anklage stehenden Fälle liegen längere Zeit zurück. Bei einer Übung auf dem Heller hat der Angeklagte seine Korporalschaft im tiefen Sande so lange Spring- und Schwärmbomben sowie Laufschritt machen lassen, bis ein Soldat unter Schmerzempfindungen völlig erschöpft aus dem Gliebe geführt werden mußte. Die Übung „Hinlegen“ mußte aus stehender Stellung erfolgen. Ein anderer Soldat ist während der Schießübungen öfters in schmerzhafter Weise mit dem Seitengewehr auf Hände, Rücken und Gesicht geschlagen worden. So gar Fußtritte in die Seite teilte der Angeklagte bei dieser Gelegenheit aus. Gegen einen Soldaten schloß der Angeklagte einmal sein Seitengewehr. Es spielte sich aber zum Glück kurz vor dem Manne im Erdboden ein. Während einer Fiktion hatte Glaser das Gewehr eines Soldaten mit Pulver und Geschos geladen und dem Untergebenen dann befohlen, auf ihn zu schießen. Der Soldat sträubte sich, aber der „Soldatenerzieher“ erteilte einen ausdrücklichen Befehl. In den seelischen Qualen des Soldaten, der vor Angst nicht wußte, was er machen sollte, weidete sich der Angeklagte. Auch andere Soldaten sind mehrfach mißhandelt worden. Während einer Übung auf der Vogelwiese ließ der Angeklagte seine Untergebenen wieder so lange „üben“, bis wieder ein Soldat völlig erschöpft war und furchtbares Seitenstechen hatte. „Ich steche Euch Hunde den Splind in den Wanst und renne Euch über den Haufen“, mit diesen Worten ist der Angeklagte einmal mit dem Seitengewehr auf seine Korporalschaft losgegangen. Bei der Belehrung über den Beschwerdebeweg hat dieser Stellvertreter öfters gesagt: „Wer sich beschwert, soll keine gute Stunde mehr haben!“ So hat es der Angeklagte geraume Zeit getrieben. In der Verhandlung erklärte er, er habe nur hin und wieder aus Scherz etwas „geklitscht“, mißhandeln oder quälen habe er die Leute nicht wollen. Im März hat der Angeklagte einen Selbstmordversuch unternommen, über den Grund verweigerte er die Auskunft. Die Soldatenqualer wurde zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt, aber nicht degradiert. Er bleibt also Vorgesetzter!

Aus Nah und Fern.

Der königlich preussische Beamte als pflichterfüllender Denunziant. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht folgende Zuschrift: „Obgleich ich als preussischer Beamter meinen Wohnsitz in Preußen habe, bringen es die mitteldeutschen Grenzverhältnisse mit sich, daß ich die ab und zu nötige Regelung des Paarschnittes am bequemsten bei dem Postreuer

einer Herzoglichen Residenzstadt vornehmen lasse. In dessen Geschäftsräumen liegt u. a. der „Simplizissimus“ aus. Kürzlich fragte ich den Geschäftsinhaber: Warum haben Sie denn dieses Schandblatt? Finden Sie und Ihre Familie denn daran Gefallen? Nein, durchaus nicht,“ erwiderte er, „aber die Kunden fragen danach. Da ist z. B. der Herr Staatsanwalt. Seine erste Frage ist immer nach dem „Simplizissimus“! Was soll man dazu sagen? Schwerlich wird dieser Herr sich damit entschuldigen können, daß er das Blatt daraufhin ansieht, ob er nicht eine Anklage erheben könne. Andererseits soll man doch denken, daß das zuständige Hofmarschallamt in der Lage wäre, einen Hofreifer davon zu überzeugen, daß die Führung seines Titels ihm auch Verpflichtungen auferlegt.“ — Da hat der königlich preussische Beamte gleich drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Er denunziert einen thüringischen Kleinstaat als „wildes Land“, er denunziert einen Staatsanwalt als pflichtvergessen und er denunziert einen Barbier als des Titels „Postreuer“ unwürdig. Wenn dieser edle Preuße nun nicht sofort ein Bögeln ins Knopfloch bekommt, so gibt es keine Gerechtigkeit mehr.

Tod in den Flammen. In der Nacht auf Freitag brannte in Gelobland bei Marienberg (Erzgebirge) ein kleines, mit Schindeln gedecktes Haus nieder, wobei drei Söhne des Fabrikarbeiters Bahans im Alter von 19, 10 und 8 Jahren umkamen. Die Mutter und eine siebenjährige Tochter erlitten schwere Brandwunden.

Ein Bild aus der göttlichen Weltordnung. Auf dem Marktplatz in Recklinghausen fand man während des Wochenmarktes einen Kinderwagen, in dem zwei halbverhungerte elende Kinder lagen. Als die Kinder schon dem Waisenhause zur Pflege übergeben waren, wurde die Mutter ermittelt. Sie erklärte, sie habe nicht gewußt, wie sie den Kindern Nahrung verschaffen sollte.

Eine geordnete Ordnungsfäule. Einen der betriebsamsten und frömmsten Streiter für Wahrheit, Freiheit und Recht im Kreise Mülheim a. Rh. hat sein Geschick ereilt. Wie die „Rheinische Zeitung“ mitteilt, hat die Mülheimer Bau- und Spargenossenschaft, deren Vorstandsmittglied der Herr Gerhard Esser war, diesen Herrn seines Amtes enthoben. Um genau feststellen zu können, in welcher Höhe die Mitglieder Einzahlungen auf Stammanteile geleistet haben, erludt der Vorstand die Mitglieder, die Höhe dieser Summe anzugeben. Es liegt also auf der Hand, daß der Herr Esser den Einzahlungen der Mitglieder allzu liebevolle Aufmerksamkeit gewidmet hat. Der Herr Esser war eine große Leuchte unter den Schwarzen. Als Vorsitzender der Sankt-Josephs-Bruderschaft hatte er 1908 den Anschluß von 78 Arbeitern aus dieser Kasse, weil sie bei der Stadtverordnetenwahl sozialdemokratisch gewählt hatten.

Verhaftung eines Zentrumsredakteurs. Am Freitag wurde in Offenburg (Baden) der Redakteur des Zentrumsblattes, Preuß, in Untersuchungshaft genommen unter der Anschuldigung, ein Stillschließdelikt im Gerichtssaal begangen zu haben. Er ist verheiratet. In letzter Zeit hatte er sich vor Gericht in einem Prozeß vor verantworten, weil er gegen Sozialdemokraten moralisierende Artikel aufnahm.

Ein Feuerwehridyll. Einen außerordentlichen Abschluß fand ein großer Brand, der am Dienstag gegen Mitternacht in der Kolonie Leerosen bei Fürstenwalde ausbrach. Das Feuer griff mit riesiger Schnelligkeit um sich; binnen einer halben Stunde waren sechs Gebäude, darunter ein großer Gashof, vollständig niedergebrannt. Mittlerweile riefen auch die freiwilligen Wehren der benachbarten Ortschaften Lauer und Schönhöhe zur Hilfeleistung an. Nicht lange dauerte es und es flogen von einem Feuerwehrcorps zum anderen Händelworte über zu spätes Eintreffen. Schließlich artete der Wortstreit zu einer wüsten Schlägerei aus, bei der auch das Messer eine Rolle spielte. Mehrere Personen wurden empfindlich verletzt und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Von Dutschotte in neuer Auflage. Vor einigen Tagen meldete der Kommandant der in Nordmarokko verschanzten spanischen Truppen nach Madrid einen großen Sieg über feindliche Mauren. Diese hatten nächtlicherweise das Lager bei Andjera angegriffen, mußten aber schließlich vor dem heftigen Artillerie- und Infanteriefire der Spanier die Flucht ergreifen. Wie jetzt bekannt wird, haben sich in dem Kampfe mit den „Mauren“ die Spanier als würdige Nachfahren ihres großen Vorbildes Don Dutschotte erwiesen. Die furchterlichen Feinde waren nämlich eine — Schweineherde, die mit ihrem Grunzen die spanischen Heiden erschreckt hatte. Ein Maure hatte seine fünfhundert Schweine aus dem Lager weggeführt, damit der Platz für die anrückenden spanischen Truppen als Lagerplatz frei wurde. Des Nachts brachen die Schweine aber wieder aus und kehrten nach dem alten Lagerplatz zurück. Als die Spanier das Grunzen der Tiere hörten, glaubten sie den Feind in der Nähe und entwickelten ein heftiges Infanteriefire gegen die Vorstentiere. Schließlich trat noch Artillerie in Aktion. Die Tiere ergriffen darauf schleunigst die Flucht und der Kommandant beglückwünschte die Truppen zu dem herrlichen Siege. Der spanische General mag sich damit trösten, daß seinerzeit der russische Admiral Roschdestenski in der Nordsee eine englische Flottenflotte, die er wahrscheinlich durch eine Rumflasche beobachtet hatte, bombardieren ließ, weil er annahm, es sei eine feindliche japanische Flotte.

Ein furchtbares Drama spielte sich Donnerstagabend vor dem Pariser Bahnhof Palais Royal der „Metro“ ab. In dem Augenblick, als ein Zug in die Halle brauste, riß ein Mann in Arbeiterkleidung eine junge Frauensperson mit sich in die Tiefe. Beide fielen vor den Augen der entsetzten Zuschauer unter den Zug. Als man sie hervorholte, waren beide entsetzlich verstümmelt. Der Mann war bereits eine Weile, dem Mädchen waren ein Arm und ein Bein nahezu vom Leib getrennt. Der Mann war der Tagelöhner Binaore. Er hatte der Louise Reuy, einer hübschen Kellnerin seine Liebe gestanden; die hatte jedoch jede Heirat, energisch abgelehnt, und aus Rache verfolgte sie der Arbeiter Donnerstagabend bis zum Bahnhof.

Eigentümliches Brandunglück. Der Finanzwachmann Stephan Semench in Woloska bei Abbazia kehrte am Donnerstag mit seinen drei Töchtern im Alter von 8, 6 und 3 Jahren in seine Wohnung zurück. Im Treppenhause warf er eine halb ausgetauchte Zigarre fort, worauf mächtige Flammen emporzüngelten, die Semench und die beiden kleinen Mädchen in Brand setzten. Alle drei wurden von freiwilligen Rettern ins Spital nach Fiume gebracht, wo die beiden Mädchen ihren Brandwunden erlagen. Der Zustand Semenchs ist bedenklich. Die Untersuchung ergab, daß ein Knabe einem im Hause wohnenden Seefahrer eine Flasche Benzin brachte, die er im Treppenhause fallen ließ, sobald das Benzin, als Semench seine Zigarre fortwarf, in Flammen geriet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.



Meyer's Kaffee

in Paketen
Beste Qualitätsmarke.
Direkter Import.
Hamburg, Freihafen.
Nur zu haben bei:

Stadt:
B. Beckmann, Engelsgrube 51, T. 1700.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8, T. 349.
Ernst Heuk, Mühlenstr. 50, T. 1587.
Wilh. Kalm, Inh.: Wilh. John, Schlüsselbuden 5, Teleph. 1154.
Löhmann & Co., Kurze Königstraße 127, Teleph. 272.
Gust. Magaard, Johannisstraße 18, Teleph. 1923.
Eduard Speck, Hüßstr. 80, T. 593.
Otto Trepkau, Fleischhauerstr. 11, Teleph. 867.
Ernst Voss, Gr. Burgstr. 59, T. 410.
Ad. Wichmann, Beckergrube 56, T. 325.

Burgtor:
Gustav Thomsen, Inh.: Carl Hoffsky, Marlstr. 44, Tel. 1761.
Ludw. Welcher, Inh. Johs. Elvers, Langreihe 2a, Teleph. 528.

Hüxtertor:
Rud. Brinckner, Hüxtertor-Allee 5, Teleph. 360.
O. Kreutzfeldt, Travenmannstr. 21, Teleph. 9045.
Ernst Luth Nachf., Spillerstr. 5, T. 493.
Carl Piper, Blücherstr. 23, T. 8955.

Mühlentor:
Gebr. Begasse, Uhlendstr. 7, T. 491.
W. Giesfeldt, Friedrichstr. 1, T. 2241.
Max Petersen, Rabeq. Allee 40, T. 824.

Holstentor:
Ad. Danielsen, Moisl. Allee 26, T. 1810.
Bernh. Grube, Lachs-Allee 25, T. 2264.
Johs. Schwang, Schwartauer Allee 5, Teleph. 1809.
Otto Bähnek, Friedenstr. 76.
Carl Trost Nachf., Fackenburg Allee 55, Teleph. 1990.
Johs. Schröder, Fiegelstr. 14.

Paul Gassenburg, Fackenburg, T. 2018.
Aug. Lembcke, Cleyerbrück, T. 2215.
Paul Draguhn, Schwartau, T. 1789.
J. U. Kröger, Travemünde, Forstr. 1, Tel. 1, Kaiser-Allee 5a, Tel. 48.
J. U. Kröger, Niendorf a. O., T. 16.
J. Haht, Fansdorf.
K. Barkmann, Schlutup.
P. Marquardsen, Schlutup.
P. Krellenberg, Selmsdorf.
H. Deppen Nachf., Dassow.



St. Lorenz erstes und ältestes Motor- und Fahrradhaus.

Neue und alte Fahrräder in großer Auswahl.
Eigene Emaillier- u. Vernickelungs-Anstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Fackenburg Allee 53.
Fernruf 2058.

Obstbäume, Erdbeerpflanzen, Ziersträucher, Laubpflanzen, Fruchtsrücker, Buchsbaum, Resen, beste Sämereien empfiehlt zur jetzigen Pflanzzeit.
C. Rohrdantz, Moising, Allee 55.

Achtung!
Schauerleute
Sektions - Versammlung am Montag, 22. Mai abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Beratung des Lohntarifes.
Mitgliedsbücher mitbringen. Kollegen erscheinen zahlreich.
Der Vorstand.

Brennspiritus „Herold“

30 (bisher 22 1/2) 90 Vol. %
aus 100. 16 Vol. Spiritus
für Kochzwecke

32 (bisher 22 1/2) 90 Vol. %
aus 100. 16 Vol. Spiritus
für Leuchtzwecke

— Ueberall erhältlich! —
Kaufst. über Bezugsstellen für Wein- und Spiritus-Zentrale, Berlin N. O.

jetzt billiger



Berufskleidung für jedes Gewerbe.

Starke Stoffe. Beste Näharbeit. Billige Preise.

Schlachter-Jacken	Schlosser-Jacken
Schlachter-Blusen	Schlosser-Hosen
Konditor-Jacken	Mechaniker-Kittel
Bäcker-Hosen	Maurer-Jacken
Maler-Kittel	Maurer-Blusen
Friseur-Jacken	Maurer-Hosen
Diener-Jacken	

Spille & v. Lühmann

Größtes Spezial-Haus am Platze für Herren- u. Knaben-Garderobe.

Achtung!

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
der Schweinegilde zu Lübeck Vorstadt St.-Lorenz-Nord u. Gemeinde Vorwerk am 24. Mai 1911 abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Jenkel, Einsefel.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zu der Preiserhöhung der Kopfschlachter-Vereinigung für Privatschlachtung auf dem öffentlichen Schlachthofe.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

NB. Schlachter, die gewillt sind, f. die Gilde d. Schlachtung zu übernehmen, sind hiermit eingeladen.

Arbeiter-Abstinenzband.
Ausflug am Sonntag, dem 21. Mai. Abf. 1.30 nachm. von d. Drehbrücke. Gänge willkommen.

Stockelsdorf.

Groß. südwest-afrikanisches **Buren-Ringreiten** am Sonntag, 21. Mai. Hierzu laden freundlichst ein Die Reiter u. E. Rottgardt.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck
Tour nach Ahrensböf am Sonntag, dem 21. Mai. Abfahrt 1 1/2 Uhr nachmittags vom Lindenplatz. Der Vorstand.

Konzerthaus „Flora“.

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr, 65 Pfg.

Großherz. v. Mecklenb.
Große Burgstraße 11.
Sonnabend und Sonntag:
Musikunterhaltung
für Unterhaltung der Gäste wird August, der Gemütliche, sorgen. Vorzügliche Küche. Billige Preise. Hierzu ladet freundlichst ein Chr. Wien.

Kaffeehaus Moising.
Sonntag: Fr. Tanzkränzchen
Montag, am Marktag:
Große Tanzmusik
Gasthof am Kreuzweg, Seereh.
Große Tanzmusik am Sonntag, dem 21. Mai. Anfang 6 Uhr. Hierzu ladet ergebenst ein Emil Cordts.

Neue Hafenfähre G.m.b.H.
Lübeck-Schwartau.
Linie Drehbrücke: Vorm. 8, 9.30, 11; nachm. von 1-9 Uhr halbstündl.
Linie Pflgerdamm: Vorm. 10 Uhr; nachm. 1.30, 2.45, 4.15, 6.15, 7.45 Uhr.

Adlershorst.
Jeden Sonntag!
Tanzkränzchen
Einsefel
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen.
F. Jenkel.

Neu-Lauerhof.
Heute Sonntag
gr. Tanzkränzchen
Louisenlust.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Johs. Benn.

Am Sonntag, d. 21. Mai:
Tanzkränzchen
in nachstehenden Lokalitäten:
Hansa-Halle.
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Eintritt frei. Ende 1 Uhr. Abonnem. 50 Pfg. J. Rieck.
Wakenitz-Bellevue.
Heute, Sonntag:
Tanzkränzchen.
Musik: Stadtkapelle. H. Fürbötter.



Friedr. Franz-Halle
Großes **Tanzkränzchen.**
Anf. 4 Uhr. Eintritt frei. L. Stamer.
Gesellschaftshaus Marli.
Marlstr. 18.
Jeden Sonntag Tanz.
Heinrich Kaben.
Friedrichshof.
Großer Tanz.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr. Eintritt frei. J. H. Hagelstein.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. H. Pagel.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5-1 Uhr:
Tanzkränzchen

Arbeiter-Radf.-Verein
Schönböken und Umgegend.
Einladung zum **5. Stiftungsfest**
am Sonntag, dem 21. Mai im Lokale Steinraderbaum. Abfahrt zur Korfsofahrt 4 Uhr. Eintritt f. Herren 1 Mk., Damen frei. Die umliegenden Bundesvereine sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Stadthallen theater.
Sonntag, den 21. Mai. 7 1/2 Uhr
1. Abonnements-Vorstellung.
Eröffnung der Spielzeit.
Neu! **Sommerspuk.** Neu!
Ein fröhliches Spiel in 4 Akten von Kurt Rächler.
Größter Lustspiel-Erfolg der letzten Spielzeit.
Hamburger Fremdenblatt: Jubelnder Beifall erstritten mit der heiligen Dreieinigkeit
Jugend, Leben, Liebe.
Suggestive Kraft und Herrschaft über die Herzen.
Einstimmiger Erfolg!!
Montag 8 Uhr. Dienstag 8 Uhr 2. Ab.-Vorst. 3. Ab.-Vorst.

Sommerspuk.
Mittwoch: Wohltätigkeits-Vorstellung zugunsten des Kinderhilfsstages.
Die Schmetterlingsnacht.
Von Sudermann.
Vorverkauf bei F. Nagel und an der Stadthallenkasse.